tendenz

Zeitung der JungdemokratInnen / Junge Linke
A7408F-JD/JL Greifswalder Strasse 4 10405 Berlin

2 SCHWERPUNKT
- Steueroase Deutschland
- Lohnnebenkosten
- Sozialdemokratie
- Studiengebühren

4 DEMOGRUND
- Polizeigesetze
- Ausgrenzung
- EU Verfassung

5 ANTIFA
- Antisemitismus á la Hohmann
- Unser Bad ist judenfrei

6 GLOBAL
- WTO nach Cancún
- Europawahlen
- Internationale Partner

9 BEILAGE
radZ!
- Kopftuch-Debatte
- Schulsterben im Osten
- Schulkritik

Rot-grüner Sozialabbau

Hol den Vorschlaghammer...

Rot-Grün bläst zum Generalangriff auf die Überbleibsel des bundesdeutschen Sozialstaats. Mit der Agenda 2010 sind weitgehende Einschnitte in den sozialen Sicherungssystemen vorgesehen oder bereits umgesetzt: Bei Gesundheit, Rente und Arbeitslosigkeit.

Das Unternehmerlager reibt sich die Hände. Schließlich setzt eine rot-grüne Bundesregierung ihren Wunschzettel fast eins zu eins um und bindet nebenbei noch mal per sozialdemokratischem Label wichtige gesellschaftliche Kräfte ein. Diejenigen nämlich, die glauben, dass unter schwarz-gelb alles noch viel schlimmer wäre. Dabei knüpft Rot-Grün wirtschafts- und sozialpolitisch vollständig an das neoliberale Modell an, das schon seit Mitte der siebziger Jahren in der BRD vorherrscht. Leidtragende des Sozialkahlschlags sind ein weiteres Mal sozial Schwache, Erwerbstätige, Alte, Kranke und Arbeitslose. Impulse für mehr Beschäftigung und eine Verbesserung der Lebenssituation der großen Mehrheit der Bevölkerung mit dieser Politik: Fehlanzeige- seit fast 30 Jahren! Doch die Bundesregierung will sich nicht den Realitäten ihres Kurses stellen. Sie versucht mit fragwürdigen Sachzwängen eine Politik zu legitimieren, die sich offensiv gegen ihr einstiges Stammklientel richtet.

Da sei als erstes die „Konkurrenzfähigkeit im Standortwettbewerb“ genannt, die laut Schröder und Clement nur über Sozial- und Lohndumping zu erreichen sei. Genau mit diesem „Argument“ werden schon lange Zeit die Rechte von Beschäftigten und Arbeitslosen mit Füßen getreten, ohne dass auch nur irgendetwas für sie dabei herausspringen würde. Wenn die Bundesregierung Verwertungs- und Investitionsbedingungen optimiert (Steuern für die Vermögenden senkt, Arbeit billiger macht etc...) heißt dies offensichtlich noch lange nicht die Schaffung von Arbeitsplätzen. Im Gegenteil setzt die Standortlogik eine Spirale nach unten in Gang, weil soziale Standards „gedrückt“ werden, um Investoren anzuziehen.

Der zweite „Sachzwang“ ist die Ebbe in der Staatskasse, die Einschnitte in den sozialen Sicherungssystemen legitimieren soll. Statt sich Wege für eine Finanzierbarkeit sozialer Sicherung zu überlegen - beispielsweise eine stärkere Heranziehung großer Vermögen und hoher Gewinne- gibt die Regierung Sparzwänge vor. Die aktuelle Haushaltslage ist Ergebnis einer Politik, die die Massenarbeitslosigkeit nicht nachhaltig senkt und Steuergeschenke an die Reichen macht. Da fehlen die Einnahmen für die soziale Sicherung.

Die Mär, den Faktor Arbeit billiger zu machen, stellt den 3. so genannten „Sachzwang“. Billigarbeitsprogramme wie die Hartzreformen blasen den Niedriglohnsektor und die geringfügige Beschäftigung auf. Abgesicherte Normalarbeitsverhältnisse entstehen damit nicht. Vielmehr üben die prekären Arbeitsverhältnisse und die niedrigen Löhne einen heftigen Druck auf die Beschäftigten auch schlechte Arbeitsbedingungen zu akzeptieren. Die Verbilligung des Faktors Arbeit mündet in höhere Gewinnen und Lohndumping, nicht in eine Senkung der Massenarbeitslosigkeit.

Ziel linker Politik muss es sein die sogenannten “Sachzwänge” mit gesellschaftlichen Mehrheiten im Rücken zu sprengen. Der rot-grüne Klassenkampf von oben steht in der Tradition angebotsorientierter Wirtschafts- und Sozialpolitik wie sie unter den Regierungen Kohl und Schmidt schon damals erfolglos betrieben wurde. Diesem Modell müssen die fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte ein soziales Reformprogramm gegenüber stellen: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für mehr Arbeitsplätze, Vermögenssteuer für eine Konsolidierung der Staatsfinanzen und eine Absicherung der Erwerbslosen sowie sozial Schwachen auf hohem Niveau. An die Stelle von Konkurrenzkampf, Menschenfresserei und Armut wären Teilhabe, soziale Rechte und Umverteilung - kurzum: Fortschritt - gesetzt. Ihn gegen die neoliberalen Sachzwänge in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis zu erkämpfen, bleibt der Kern radikaldemokratischer Politik.

Kolja Möller

Kommentar

Casting für Eliten

Seit dem Zwischenbericht zum Programm „ExcellenTUM“ der TU-München ist die Debatte über Elitehochschulen in Deutschland im Gange. Neu an der Diskussion ist, dass sich auch die SPD öffentlich für Eliteuniversitäten ausspricht.

Die Debatte um die Errichtung von Eliteuniversitäten bereitet eine Diskussion über die generelle Einführung von Studiengebühren ab dem ersten Semester vor. Es ist, auch in der öffentlichen Debatte, legitim zu behaupten, dass das deutsche Bildungssystem marode und im europäischen Vergleich sehr selektiv ist.

Die Planungen der rot-grünen Bundesregierung sehen vor, vier Universitäten mit zusätzlich 50 Mio. Euro jährlich zu fördern. Dazu sollen sich die Hochschulen in einem „Casting Verfahren“ - à la „Deutschland sucht den Superstar“ - um das begehrte Geld bewerben. Wer den Zuschlag bekommt, wird dann zur Eliteuniversität. Für die Universität Duisburg-Essen würde die Zusatzförderung eine Erhöhung des Jahresetats von 250 auf 300 Mio. Euro bedeuten. Vergleiche mit Eliteuniversitäten wie Princeton erscheinen bei einem Jahresetat von 2 Mrd. $ und allgemeinen Studiengebühren in fünfstelliger Höhe lächerlich.

Diese Scheindebatte soll davonablenken, dass das Ziel die Einführung von Studiengebühren ab dem ersten Semester ist. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann das im Hochschul-rahmengesetz verankerte Studiengebührenverbot fällt. Dann wird es mit Gebühren in der Höhe von 500 Euro nicht getan sein. Stattdessen ist davon auszugehen, dass man in vier- bis fünfstelliger Höhe Gebühren zahlen muss, um eine gute universitäre Ausbildung zu erhalten. Wer sich das nicht leisten kann, besitzt keinen Anspruch auf Bildung.

Eine ausschließlich auf Profit basierende Gesellschaftsordnung wie die kapitalistische erzeugt immer soziale Ungleichheit. Trotz aller Behauptungen, dass Chancengleichheit in der Bildung gegeben sei, studieren immer weniger Kinder aus der Unterschicht. Im Jahre 1982 stammten noch 23 % aus sog. ArbeiterInnenfamilien, 2000 waren es nur noch 13,6 %; gleichzeitig stellt ein Hochschulabschluss die Grundlage für sozialen Aufstieg dar.

Wer neben seinem Studium noch arbeiten muss, wird von der Hochschulbildung ausgeschlossen. Die Pläne zur Errichtung von Eliteuniversitäten verschärfen soziale Ungleichheit und lassen Bildung zu einem Privileg der Besserverdienenden werden. Von Chancengleichheit ist immer weniger die Rede. Das Bildungssystem soll endgültig dazu werden, was es im Kapitalismus immer war: Ein Instrument zur Förderung zukünftiger kleiner Eliten.

Dies darf aber nicht Ziel einer progressiven Hochschulpolitik sein. Stattdessen muss Bildung zuerst den gesellschaftlichen Fortschritt und die Befähigung des Einzelnen am gesellschaftlichen Prozess teilzuhaben ermöglichen .Dies bringt diese Scheindebatte nicht mit sich. Sie hat das alleinige Ziel die Verschärfung der sozialen Selektion im Bildungssystem voranzutreiben.

Sophia Bodner

Steuerpolitik

Steueroase Deutschland

Derzeit überschlagen sich die Parteien mit Vorschlägen zur Umgestaltung des Steuersystems. Dabei geht es um Senkung der Steuern und Vereinfachung des Steuerrechts. Was ist dran an den Klagen über zu hohe Abgaben?

Sieht man sich die Fakten einmal genauer an, zeigt sich schnell, dass die Belastung durch Steuern und Abgaben in Deutschland verglichen mit anderen Industrieländern nicht so katastrophal hoch liegt, wie es manchmal scheint. Mit 41 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) liegt Deutschland gerade im Mittelfeld, ein Land wie Schweden hat eine Belastung von fast 54%.

Ist es also hier mit den Klagen über zu hohe Belastungen nicht all zu weit her, fällt andererseits schnell ins Auge, wer denn von der Abgabenlast am meisten betroffen ist. Ein Viertel der Abgabenlast machen die direkten Steuern aus, also Lohnsteuern und Gewinn- und Vermögenssteuern. Während der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtsteueraufkommen von 1977 bis 2002 von ca. 30 % auf 37% angewachsen ist, ist er bei Gewinn- und Vermögenssteuern von 29% auf knapp 15% gesunken.
Ein weiterer Teil der gesamten Abgaben sind die Verbrauchssteuern, insbesondere die Mehrwertsteuer. Verbrauchssteuern sind für alle gleich, treffen sie aber eben deshalb ungleich: der Unterschied zwischen dem Warenkorb einer Arbeiterin unterscheidet sich nicht groß von dem eines Angestellten mit einem hohen Jahreseinkommen. Ein Unterschied von einem Prozentpunkt bei der Mehrwertsteuer ist deshalb unterschiedlich stark spürbar; während er für die Arbeiterin den Verzicht auf weitere Konsumgüter bedeuten kann, ist er für höhere Einkommen leicht verkraftbar.
Im dritten Teil der Abgabenlast, den Sozialleistungen, gilt grundsätzlich Parität. Aber durch die verschiedenen Reformen des Sozialsystems in den letzten Jahren sind auch hier die Einkommen stärker belastet worden als die Unternehmen. Die paritätische Finanzierung im Bereich Renten- und Krankenversicherung ist durch "Riester-Rente" und Praxisgebühren faktisch ausgehebelt und Belastungen sind auf die ArbeitnehmerInnen verschoben worden.

Die derzeitige Umgestaltung des Steuersystems befördert die ungleiche Belastung der verschiedenen Einkommensgruppen. Während der Effekt der Steuersenkungen für untere Einkommen durch die Mehrbelastung bei der Sozialen Sicherung, Hebung der Verbrauchssteuern und Wegfall von "Steuersubventionen" (hier: Pendlerpauschale) sowie die allgemeine Preissteigerung mindestens verpufft, werden Einkommensmillionäre durch die Steuerreform um 100.000 € entlastet. Trotzdem ist es gerade diese Gruppe, die am lautesten nach weiteren Steuersenkungen oder sogar dem gleichen Steuersatz für alle schreit.

Vom deutschen Steuerrecht profitieren also die Hochverdienenden und Vermögenden. Auch im internationalen Vergleich ist die Steuerbelastung für Vermögen in der BRD gering. Die Schieflage bei der Finanzierung der Staatsausgaben - von denen nicht zuletzt das Kapital profitiert - ist leicht zu beheben: durch Einführung einer Vermögenssteuer und einer saftigen Erbschaftssteuer auf große Erbschaften.
Tax the rich!

Dirk Burczyk

Privater Reichtum - private Armut: Einige Zahlen

Die Zahl der Millionäre und Millionärinnen in der BRD zwischen 1996 und 1999 um jährlich 5,3% auf insgesamt 365.000 gestiegen. Das Gesamtvermögen dieser Personen liegt bei 2.000 Mrd. Euro. Das bedeutet, dass insgesamt 25,7% des Vermögens von 0,5% der erwachsenen deutschen Bevölkerung gehalten wird. Ursächlich dafür sind Erbschaften sowie private Unternehmensverkäufe.

Es wird erwartet, dass sich das überdurchschnittliche Wachstum des Geldvermögen in den Händen weniger Reicher - auch bedingt durch die Steuerreform von 2002, die Unternehmensverkäufe steuerlich begünstigt - weiter fortsetzen wird.

Demgegenüber halten die ärmsten 50% der Bevölkerung etwa 4,5% des privaten Vermögens. In ganz Deutschland stieg die Zahl der überschuldeten Haushalte von 1994 bis 1999 um 30 Prozent auf rund 2,8 Millionen. Damit sind sieben Prozent der Haushalte bankrott Dagegen lebten 1998 2,88 Millionen Menschen von Sozialhilfe - Tendenz steigend.

Quellen:
Deutsche Bundesregierung: Armuts- und Reichtumsbericht 2000.
Merrill Lynch / Cap Gemini Ernst & Young: German Wealth Report 2000.

[Lohnnebenkosten]

Zu den Arbeitskosten gehören nicht nur die Löhne oder Gehälter, sondern auch die „Lohnnebenkosten". Dieser Begriff ist allerdings irreführend. Denn im Grunde handelt es sich um Bestandteile der Einkommen, die von den Arbeitnehmern erwirtschaftet und in den Tarifabschlüssen im Gesamtpaket berücksichtigt werden. Diese Sozialabgaben sichern den Arbeitnehmern die Existenz bei Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit.

In der Bundesrepublik werden aus Arbeitnehmerbeiträgen Ausgaben bestritten, die in anderen Ländern aus Steuern bezahlt werden, zum Beispiel die Gesundheitsetats. „Versicherungsfremde" Leistungen etwa für die Arbeitsmarktpolitik sollten aber nach übereinstimmender Auffassung von Arbeitgebern und Gewerkschaften nicht länger durch die Beiträge finanziert werden, sondern aus Steuern, um damit die Kosten für Arbeit zu senken. Diese Vorschläge in Richtung zunehmender privater Vorsorge führen aber zu einer einseitigen Mehrbelastung der ArbeitnehmerInnen und hebt die paritätische Finanzierung der Sozialversicherungen auf.

Interview: Lohnnebenkosten

„Wir sollten offensiv um soziale Grundrechte kämpfen."

Tendenz: Die drängenste Frage vornweg: Sind die „Lohnnebenkosten" in Deutschland tatsächlich Schuld an den ihr angelasteten Problemen?

Mag Wompel: Auf gar keinen Fall. Dazu reicht ein Blick in die Statistik: Dank der Zurückhaltung der Gewerkschaften sind die Lohngesamtkosten seit Jahren viel schwächer als die Produktivität gestiegen. Was die sog. Lohnnebenkosten angeht, ist die Sozialquote (Anteil sozialer Sicherung am BIP, Anm. d. Red.) in den letzten 25 Jahren weitgehend gleich geblieben - trotz Alterung und Arbeitslosigkeit. Im internationalen Vergleich sind die Sozialbeiträge geringer als z.B. in Belgien und Frankreich - dort sind die Arbeitgeberanteile sogar höher! Damit ist der Finanzierungsanteil der Unternehmer an den Sozialleistungen immer geringer geworden und das wahre Kriterium für die „Wettbewerbsfähigkeit", die Lohnstückkosten (Kosten je Produkteinheit, Anm. d. Red.), in Deutschland EU-unterdurchschnittlich gestiegen - daher sind wir Exportmeister - und Lohndumper.

Welche Strategie wird mit der Debatte um die Lohnnebenkosten verfolgt?

MW: Das Kapital will möglichst wenig für unsere Reproduktionskosten zahlen, schließlich bedeutet die Entlassung der Unternehmen aus der Finanzierung des sozialen Netzes mehr Profite, v.a. für die Finanz- und Versicherungswirtschaft. Dies wird uns dann als Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verkauft.

Welche Folgen hat die Senkung der Lohnnebenkosten in der Regel für die abhängig Beschäftigten?

MW: Eine Senkung der sog. „Lohnnebenkosten" bedeutet weniger Sozialleistungen und eine faktische Lohnsenkung. Denn man muss bedenken, dass jeder Prozentpunkt Beitragssenkung 7,5 Mrd. Euro Einnahmenverlust bedeutet, der von uns aufgebracht werden muss in Form von Teilprivatisierung und Zuzahlungen. Dies stellt eine Nettolohnkürzung durch Umverteilung dar, da sich die „Arbeitgeber" aus der Finanzierung stehlen. Auch staatliche Zuschüsse zur Sozialversicherung sind Lohnsubventionen, z.B. bei Minijobs, die den „Arbeitgeber" entlasten, müssen von uns aufgebracht werden, verdrängen aber Tariflöhne.

Warum denken dann aber auch die Gewerkschaften über eine Reduzierung der Lohnnebenkosten nach bzw. unterstützen Forderungen in diese Richtung?

MW: Der nationalen Wettbewerbsfähigkeit und der Schaffung von Lohnarbeit verpflichtet, glauben die Gewerkschaftsspitzen immer noch, das Kapital sei an Arbeitsplätzen interessiert, wenn nur die Löhne genug sinken. Der andere Ansatzpunkt ist die Hoffnung auf Wachstum und dann wieder Arbeitsplätze durch Nachfrage steigerungseffekte der Lohnentlastung. Dies mag für einige junge, gesunde oder gut verdienende Lohnabhängige auch zutreffen, Lohnabhängige und ihre Familien sind aber nicht nur Zahler, auch Empfänger von Sozialleistungen…

Wie sehen demnach die Forderungen aus, die eine linke Politik der starken Koalition der Lohnnebenkosten-Prediger entgegenstellen kann?

MW: Das Kapital braucht die Ware Arbeitskraft und sollte ihre Produktion wie Reproduktion finanzieren. Da wir den Mehrwert erarbeiten, sollten wir uns den „Luxus" stärkerer sozialer Sicherung gönnen! Zum Beispiel ein garantiertes Grundeinkommen, das den Lohndruck durch Arbeitslosigkeit stoppt. Die Höhe der „Lohnnebenkosten" für die Gesetzliche Sozialversicherung kennzeichnet den Zivilisationsstandard und ist ein Gradmesser der Solidarität einer Gesellschaft. Dabei sollten wir das Umlageverfahren verteidigen. Es ist ein staatlich garantierter Rechtsanspruch gegenüber einer öffentlich-rechtlichen Einrichtung und die Einzahlungen in unseren sozialen Wohlstand hinterlassen keine Profite wie bei privaten, unsolidarischen Versicherungen. Wir sollten offensiv um soziale Grundrechte auf Gesundheit, Bildung, Wohnen - gutes Leben eben - kämpfen.

Mag Wompel
ist Industriesoziologin und Redakteurin des LabourNet Germany (www.labournet.de).
Das Interview führte Daniel Leisegang.

Anzeige

Einfach aNDers.

Neues Deutschland
Im Probeabo zwei Wochen kostenlos!
Tel. (030) 293 90-800, Fax -630
aboservice@nd-online.de * www.nd-online.de
DM-FA-PO-TENDP2

Der Ausverkauf öffentlicher Infrastruktur hat begonnen

Seit einigen Jahren rennen Grossbanken, Landesbanken und Finanztöchter von Großkonzernen den europäischen Kommunen die Türen ein. Das heiße Sonderangebot heißt kommunaler Daseinsversorgung. Dabei werden städtische Klärwerke, Kanalnetze, Krankenhäuser, Müllverbrennungsanlagen und öffentliche Verkehrsmittel wie schales Bier angeboten. Viele Kommunen stehen seit langem in der Finanzkrise und versuchen, ihre Finanzen durch Verkauf oder durch Umwandlung von kommunalen Betrieben in Eigenbetriebe durch (Teil-)Privatisierungen, sog. Cross-Border-Leasing oder in Umwandlungen in GmbHs in den Griff zu bekommen.

Kapitalisierung des Warencharakters

Anders als bei den meisten Waren blieb der Warencharakter von öffentlichen Dienstleistungen im Hintergrund. Derartige Güter und Dienstleistungen wurden als notwendig zur Deckung von Grundbedürfnissen der jeweiligen Bevölkerung eingeschätzt. Die öffentliche Hand stellte diese Waren in der Vergangenheit bereit und nahm sie somit bewusst aus dem Marktmechanismus heraus. Seit den 90igern erfährt das bisher langfristig stabile Nebeneinander bei „normalen“ Gütern und staatlich organisierter Bedarfsdeckung bei Grundbedürfnissen in der Bundesrepublik aber auch in anderen Ländern massive Veränderungsimpulse.

Nicht mehr der Staat bzw. die Kommunen sollen die öffentlichen Dienstleistungen bereitstellen, sondern private Unternehmen.

Die Bereitstellung dieser Güter soll in Zukunft nicht als gelenkte Vorsorge oder Versorgung gesehen, sondern sie sollen dem Marktmechanismus unterworfen werden, also allein nach den Kriterien der Profitproduktion und - realisierung funktionieren.

Umverteilung schafft anlagesuchendes Kapital

Als allgemeines Selbstverständnis galt bisher, dass die Einkommensbesteuerung – die einen Hauptteil der Gelder zur Finanzierung staatlicher Aufgaben aufbringen soll – von der individuellen Einkommensstärke abhängen muss. Wirtschaftlich Starke sollen stärker (mit höheren Steuersätzen) herangezogen werden als wirtschaftlich Schwache. Dieser soziale Aspekt wird seit Jahren und insbesondere mit der Rot-Grünen Steuerreform in das glatte Gegenteil umkehrt. Schon damals war klar, dass die neuen Regeln zu massiven Einbrüchen bei Bund, Ländern und Gemeinden führen würden. Im selben Zeitraum stiegen die Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen durch eine stetig wachsende Arbeitslosigkeit überproportional an.

Der freie Markt macht’s besser?

Nach zwei Jahrzehnten der radikalen Marktöffnung für die einst in öffentlicher Regie betriebenen Dienstleistungen hat sich diese Politik als eine Sackgase erwiesen. Weder haben sich die Versprechen der Protagonisten des Freihandels bestätigt, die Qualität zu steigern und Kosten zu senken. Das glatte Gegenteil ist eingetreten. Private Unternehmen verfolgen in erster Linie den Interessen der Gewinnmaximierung und nicht der allgemeinen Bedarfsorientierung. Schon jetzt ist absehbar das Menschen mit geringeren Einkommen von den Waren ausgeschlossen werden. Die Kommunen werden diesen Trend entgegensteuern, so dass die kurzfristigen Mehreinnahmen durch Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen von den Mehrausgaben der Sozialhilfe verschlungen werden. Das Kernproblem bleibt also bestehen: Ein privater oder deregulierter Dienstleistungsbereich ist jeglicher demokratischer Kontrolle und Gestaltung unzugänglich. Nur wenn die Bereiche der Daseinsversorgung öffentlich verfasst sind, sind sie entsprechend politisch beeinflussbar und potentiell demokratisierbar.

Sören Bronsert

Diszipinierung durch Studiengebühren

Lernfabrik Universität

Die aktuelle Sozialpolitik soll vermeintlich „Arbeitsfaule“ disziplinieren. Mit den Studienkonten getarnten Studiengebühren verhält es sich ähnlich.

Mit der Hochschulreform von 1970/75, die zum Teil auch Ergebnis sozialer Kämpfe war, reagierte die BRD verspätet auf die neuen technologischen Erfordernisse der an Profit ausgerichteten Produktion: das Kapital benötigte seit 1945 einer immer größere Anzahl an fachlich höher qualifizierter Arbeitskraft. Kurz gesagt wurde der Betrieb der Universitäten von der Eliten- zur massenhaften Produktion von Arbeitskraft umgestellt.

Aber schon ab 1974 verlangte die sich anbahnende ökonomische Krise und die reduzierte Nachfrage nach intellektuellen Arbeitenden nach Reglementierungen - die Geburtsstunde des Numerus Clausus als zusätzlichem Selektionsinstrument.

Mit der vermeintlichen „Öffnung der Hochschulen“ war es also schnell vorbei, sie räumte das Feld zugunsten einer immer stärkeren (sozialen) Selektion der Studierenden durch NC, Leistungsscheine und der Bemessung von so genannten „Regelstudienzeiten“. Instrumente, die nur den einen Zweck verfolgen, einerseits weniger SchulabsolventInnen den Weg in die Hochschulen zu ermöglichen und andererseits die durchschnittlichen Studienzeiten zu verringern, um so die Ausstoßrate der Lernfabrik an kapitalfunktionaler Arbeitskraft zu beschleunigen. Immer mehr, was nicht der Verwertungsrationalität des Kapitalismus entspricht, wird seit spätestens Mitte der 90er Jahre aus den Studieninhalten herausgesäubert.

Der Raum und die Möglichkeit für ein gesellschaftskritisch orientiertes Studium geht dadurch zunehmend verloren.
Aufgrund der als Immatrikulationsgebühr getarnten Studiengebühren und von Jahr zu Jahr immer enger gefassten Kriterien für die Bafög-Vergabe sieht sich zudem eine steigende Zahl der Studierender gezwungen, neben dem Studium Lohnarbeiten zu gehen. Auf diese Weise wird dem Niedriglohnsektor, vor allem im Dienstleistungsbereich, frische und billige Arbeitskraft zugeführt. Viele Studierende verbringen bereits heute mehr Zeit bei der Maloche als KellnerIn oder FahrradkurierIn als im Seminar. Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass die sowieso viel zu eng bemessene Regelstudienzeit rasch überschritten wird. Wer sich diesen Faux pas leistet soll dafür zukünftig mit je nach Bundesland bis zu 900.- Euro pro Semester zur Kasse gebeten werden.

Die Masse der Studierenden verkommt infolgedessen zu ÜberlebenskünstlerInnen und bricht das Studium oft genug frustriert ab. Wer es dennoch schafft, unter diesen rigiden Bedingungen einen Abschluss zu erlangen, ist fit für die Realität auf dem Arbeitsmarkt, wo AbsolventInnen zu individualisierten Ich AGs werden und um eine immer geringere Zahl von (gut bezahlten) Jobs kämpfen.

Die Entwicklung im Hochschulsektor ist geradezu exemplarisch für die sich weiter radikalisierende Unterordnung des gesamten gesellschaftlichen Lebens unter die ökonomische Verwertungsimperative des Kapitals, wie sie unter den Labeln „Effizienz“ und „Produktivität“ daherkommen. Produktiver, flexibler, disziplinierter und genügsamer soll die Ware Arbeitskraft sein, darin sind sich Regierung und Unternehmerverbände einig. Freies und selbst bestimmtes Studieren als Selbstzweck ohne Arbeits- und Leistungszwang im Rücken? Kannst du vergessen!

Alexander Fröhlich / Tobias Rossmann

Sozialdemokratie

Pragmatismus als Politikprinzip

In zahlreichen europäischen Staaten werden die Regierungen von Sozialdemokraten gestellt oder sind sie zumindest an der Koalition beteiligt. Dennoch kann nicht gerade davon gesprochen werden, dass in Europa eine besonders arbeitnehmerfreundliche oder soziale Politik im Sinne alter sozialdemokratischer Grundwerte gemacht wird. Auch in Deutschland hat sich die SPD im letzten Jahrzehnt vom Verteidiger des Wohlfahrtsstaates (in der Opposition) zur treibenden Kraft im neoliberalen Umbauprozess (an der Regierung) entwickelt.

Abstrakt können für diese Veränderung der politischen Zielrichtung drei Gründe angeführt werden: Erstens die Krise der traditionellen Industriegesellschaft und dem dadurch bedingten Ende der Einheit von wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Stabilität. Zweitens die Rückkehr zum entgrenzten Kapitalismus, in welchem unter der Chiffre „Globalisierung“ die politische und soziale Kontrolle zurück gedrängt wird. Und drittens schließlich der Rückzug des Staates auf seine Rahmenfunktionen, wodurch öffentliche und private Ökonomie immer stärker voneinander entkoppelt werden. Unter diesen Bedingungen 1998 mit den Regierungsgeschäften betraut, haben die Sozialdemokraten ihre bis dahin immer wieder aufgeweichte inhaltlich-konzeptionelle Orientierung aufgeben und sich unter dem Diktat der Sachzwanglogik mit dem globalisierten Kapitalismus arrangiert. Vorausschauender als man hätte ahnen können war der Spruch Gerhard Schröders bei Regierungsantritt, dass man „*nicht alles anders, aber vieles besser machen*“ wolle. Tatsächlich hat sich die Lage verschärft, nicht nur in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht. Weder die geplante Streichung des „demokratischen Sozialismus“ aus dem Grundsatzprogramm, noch der aktuelle Umbau der Parteiführung gehen hinsichtlich der politischen Orientierung der SPD über einen symbolischen Akt hinaus.
So zeichnete schon das sog. „Schröder-Blair-Papier“ im Juni 1999 vor, welche Entwicklung die SPD aus Sicht des Bundeskanzlers nehmen müsse und letztlich auch genommen hat. Frei nach der Blairschen Formel, dass man gute Politik daran erkenne, dass sie funktioniere, erhob auch die SPD den Pragmatismus zum obersten Prinzip der Politik. Folgerichtig formulierte Gerhard Schröder, es gebe keine linke oder rechte Wirtschaftspolitik, nur eine richtige oder falsche. Offen bleibt dabei jedoch die Frage, an welchen Kriterien dies zu beurteilen ist. Das dahinter stehende Politikverständnis sieht Demokratie als Methode, als bloßen Regelungsmechanismus für Elitenwahl und -wechsel.

Fraglich ist, ob die Sozialdemokraten diesen Kurs noch lange beibehalten können, ohne ihre politische Bedeutung als Partei zu verlieren. Die jüngst geführte interne Agenda-Debatte hat gezeigt, dass der Streit um Positionen von der Führung als Abweichlertum verstanden wird - und die Basis dieses Verständnis bestätigt. Die Verschärfung der sozialen Frage wird nicht ewig mit pragmatischen Einschnitten in den Sozialstaat zu beantworten sein.

Thomas Winhold

Anzeige

www.alibri.de
Alibri – Forum für Utopie und Skepsis

Stoffkunde
Drogen: Was wirkt wie und warum
Hrsg. von JungdemokratInnen / Junge Linke
ISBN 3-932710-50-9, 119 Seiten, kartoniert, Euro 7.-
Amphetamine * Cannabis * Kokain * Halluzinogene (LSD) * Ecstasy (MDMA) * Opiate sowie Safer Use von Heroin * Erste Hilfe * Rechtshilfe-Infos * Drogen und Führerschein u.v.m.

Jörg Sundermeier
Der letzte linke Student
ISBN 3-932710-85-1, 155 Seiten, kartoniert, Euro 13.-
Der letzte linke Student ist ein naiver Linker, in dessen Denken und Handeln Kurzschlüsse und Fehlleistungen der Linken mit viel Ironie vor Augen geführt und reflektiert werden.

Marvin Chlada
Der Wille zur Utopie
ISBN 3-932710-73-8, 254 Seiten, Abb., kartoniert, Euro 16.-
Eine Odyssee durch das Universum der sozialen Phantasien von der Antike bis zur Postmoderne – und zugleich eine Einladung selbst die Lust zu entdecken, soziale Einbahnstraßen zu verlassen und bisher unerforschten Fluchtlinien zu folgen.

„Niemand kann seinem Schicksal entgehen...“
Kritik an Weltbild und Methode des Bert Hellinger
Hrsg. vom AStA der Universität München
ISBN 3-932710-82-7, 165 Seiten, kartoniert, Euro 11.-
Der Band stellt die zentralen Kritikpunkte an Menschen- und Geschichtsbild der „Familienaufsteller“-Szene kompakt dar.

Landespolizeigesetze

Blockwart gesucht!

Die InnenministerInnen von Bund und Ländern übertreffen sich gegenseitig mit neuen Ideen in Sachen „innere Sicherheit“, bei denen die Bürgerrechte auf der Strecke bleiben.

Nachdem sich die Bundesländer Thüringen, Bayern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz im Jahr 2003 den „Big-Brother-Award“ mit ihren in Planung befindlichen bzw. umgesetzten Sicherheitsgesetzen ergattern konnten, versuchen inzwischen auch andere Bundesländer an den begehrten „Oscar für Datenkraken“ zu kommen. Ende 2003 legte auch Hessen einen Entwurf für eine Novelle des „Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ (HSOG) vor, der im Wettrennen um den Abbau von Grund- und Freiheitsrechten mithalten kann. Die wesentlichen Veränderungen beziehen sich auf eine Verlagerung der Aufgaben und Tätigkeiten der Polizei in den präventiven Bereich. Darüber hinaus werden den Ermittlungsbehörden weitgehende Kompetenzen zur Überwachung und Datenerhebung zugestanden.

Kernpunkte der HSOG Novelle sind - wie in anderen Bundesländern auch - die Einführung des „Finalen Rettungsschusses“, eines Kennzeichenlesegerätes und des IMSI-Catchers, sowie die Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung zur Abwehr gegenwärtiger Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit einer Person. Die Einführung des „Finalen Rettungsschusses“ - eine Umschreibung für die Legalisierung staatlichen Tötens - soll den PolizeibeamtInnen laut Innenminister Bouffier ermöglichen, den „zum Mord entschlossenen Geiselnehmer absichtlich durch einen Schuss“ zu töten, „weil das Leben der Geisel auf andere Weise nicht gerettet werden kann“. Im Prinzip ist dieser „Gewinn an Rechtssicherheit für Polizeibeamte“ jedoch nichts anderes als ein schwerwiegender Eingriff in das grundgesetzlich garantierte Recht auf körperliche Unversehrtheit. Auch der geplante Einsatz von IMSI-Catchern, der es der Polizei ermöglichen soll, den Standort von HandynutzerInnen auf fünfzig Meter genau zu bestimmen, greift in die Grundrechte vieler BürgerInnen ein. Durch den IMSI-Catcher ist es möglich, an die Identifikationsdaten eines Handys zu kommen, und so die Nummer und den / die BesitzerIn ausfindig zu machen. Außerdem soll der Polizei ermöglicht werden, im Falle einer „akuten Gefahr“ über den Telekommunikationsprovider den Standort von Personen zu erfahren, sowie Gespräche mitzuhören und Nachrichten mitzulesen. Mit der neuen Regelung würde ein Richtervorbehalt umgangen und elementare Bürgerrechte außer Kraft gesetzt.

Aber nicht nur zum Abhören und Anpeilen nutzen die SicherheitsfanatikerInnen aller Länder inzwischen den Mobilfunk. Die neueste Idee in Sachen Fahndung via Mobilfunk kommt aus dem Bundeskriminalamt, heißt SMS-Fahndung und wird vom Bundesinnenministerium unterstützt. Es handelt es sich hierbei um den Versuch, die Bevölkerung bei der Aufklärung von Straftaten einzubeziehen. Registrierte NutzerInnen sollen via SMS auf Fahndungsgesuche der Polizei hingewiesen werden und diese bei der Aufklärung von Straftaten unterstützen. Laut Internetportal könnte dies in etwa so aussehen: *„Bankraub, Polizei sucht zwei ca. 30jährige Männer, Jeans, schwarze Jacken, flüchtig mit braunem 5erBMW, Dortmunder Kennzeichen. Hinweise 110“.* Während das BKA sich mit der neuen Fahndungsmethode die Hilfe bei der Aufklärung von Straftaten erhofft, befürchten andere das Entstehen einer neuen Blockwartmentalität.

Tjark Sauer

Von der Sozialpolitik zur Ordnungspolitik

Geschlossene Gesellschaft

In Zeiten der herrschenden Politik der Standortkonkurrenz wird für die Kommunalpolitik die Attraktivität ihrer Städte für Einzelhandel und Immobilienbesitzer immer bedeutsamer. Im Zuge globaler Städtekonkurrenz verdichten sich staatliches Repräsentationsinteresse und privatwirtschaftlicher Verwertungsdruck zu einer gemeinsamen Sicherheitsstrategie im „Unternehmen Stadt“.

Polizeiarbeit auf Zuruf des Einzelhandels

Soziale und drogenpolitische Probleme in der Stadt werden im Zuge der Kürzung staatlicher Sozialleistungen verstärkt ordnungspolitisch gelöst. Diese Ordnungspolitik basiert auf einer stärkeren institutionalisierten Zusammenarbeit zwischen Polizei und Laden- und Hausbesitzern. Die Vertreibung „unliebsamer Personen“ aus innenstädtischen Räumen wird sowohl durch eine erhöhte Polizeipräsenz als auch mit Hilfe privater Sicherheitsdienste durchgesetzt. Die staatliche Polizei wird zunehmend im Auftrag der Privatwirtschaft tätig und der Sicherheitsapparat selbst wird privatisiert.
Es findet eine Beseitigung der Armen aus exklusiven städtischen Räumen statt. Opfer dieser Sicherheitspolitik sind alle, die nicht in die schöne neue Konsumwelt passen. Innenstädte und Bahnhöfe werden zunehmend zu no-go-areas für Obdachlose, DrogenkonsumentInnen und andere. „Unliebsame Personen“ werden von einem Ort der Stadt an den nächsten gehetzt oder an den Stadtrand gefahren und dort ausgesetzt. Dabei arbeiten sowohl Polizei als auch Sicherheitsdienste mit rassistischen Stereotypen.

Von halböffentlichen Räumen und privaten Sicherheitsdiensten

Öffentliche und private Flächen verschmelzen verstärkt miteinander. In den zu kommerzorientierten Festungen ausgebauten städtischen Wohlstandsinseln wird die Armutsbevölkerung durch Sicherheitsdienste ferngehalten und vertrieben oder durch Polizei und Bundesgrenzschutz aufgegriffen.
Ein gutes Beispiel für das Entstehen halböffentlicher Räume sind Einkaufszentren. Diese beschäftigen in der Regel einen privaten Sicherheitsdienst. Jeder, der der Hausordnung zuwider handelt - seien es protestierende Studierende, die ihr Seminar in der Öffentlichkeit abhalten, oder Obdachlose, die sich im Winter bei minus 15 Grad ein wenig aufwärmen wollen - wird, da er als „geschäftsschädigende Person“ angesehen wird, hinausgeschmissen.
Ein anderes Beispiel für diese repressive Politik ist das „3-S-Programm“ (Service, Sicherheit, Sauberkeit) der Deutschen Bahn AG. Sie beschreibt es selbst folgendermaßen: „Das 3-S-System ist im ersten Schritt ein System zu Qualitätsverbesserungen in den Bahnhöfen und ein System zur repressiven Verfolgung und Durchsetzung unserer Interessen. Im zweiten Schritt wird das 3-S-System die Evolution von Bahnhöfen (einschl. Umfeld) zu kundenorientierten Servicecentern bewirken, vom repressiven zum präventiven System“.

Arme gegen Arme

Außerdem zeigt sich eine Verknüpfung von Arbeitsmarktpolitik und Innerer Sicherheit, und zwar dort, wo verstärkt SozialhilfeempfängerInnen in Schnellkursen ausgebildet werden, um nun ihrerseits für Niedriglöhne Obdachlose und SozialhilfeempfängerInnen zu vertreiben. So werden zum Beispiel perspektivlose Jugendliche über staatliche Programme am Potsdamer Platz in Berlin gegen DrogenkonsumentInnen und herumhängende Jugendliche eingesetzt. Qualifizierende Berufsabschlüsse sind mit diesen Maßnahmen in der Regel nicht verbunden. Arbeitsinhalte wie –bedingungen und –perspektiven spielen ebenfalls keine Rolle.
Die Verantwortlichen für diese Schulungen in Ausschließungspraktiken feiern sie als Integrationsleistung aktiver Arbeitsmarktpolitik. Besonders perfide daran ist, wie potentiell Ausgegrenzte – wie Arbeitslose – gegen andere Ausgegrenzte – wie Obdachlose – innerhalb der geschlossenen Gesellschaft der kommerzialisierten Innenstadt gegeneinander in Anschlag gebracht werden.

Stefanie Mielast

Anzeige

Kommentar

Non, non, non, a ta constitution?

Der Verfassungsgebungsprozess in der Europäischen Union ist gestockt. Vor allem hinsichtlich der Repräsentation der Einzelstaaten und der Ausgestaltung der Organe der EU konnte zwischen den Staaten keine Einigung erreicht werden. Wann der Prozess abgeschlossen sein wird, ist derzeit unklar.

In der Präambel des vom Europäischen Verfassungskonvent erarbeiteten Entwurfs einer Verfassung für die Europäische Union wird die EU als „Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts“ beschrieben. Auch wurde von den Protagonisten der Verfassungsgebung stets der friedfertige Charakter der EU hervorgehoben. Große Ziele also, die mit dem Projekt einer EU-Verfassung verbunden werden. Der Verfassungstext selbst scheint sie allerdings teilweise zu unterlaufen.

Soll die EU tatsächlich ein Garant des Friedens sein, so muss sie auch nach außen hin friedfertig agieren, hierzu eine umsichtige Außen- und Verteidigungspolitik schaffen, die auf Abrüstung und die Etablierung ziviler Konfliktlösungen setzt, wie es von Deutschland und Frankreich im Zuge des letzten Irakkriegs immer wieder betont wurde.

Schlecht verträglich ist dies mit der im Verfassungsentwurf vorgesehenen Verpflichtung an die Einzelstaaten ihre militärischen Potentiale zu erweitern, sowie dem Vorhaben ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten einzurichten.

Mit der Festlegung auf den „Grundsatz der offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ würde der verfassungsmäßigen wirtschaftlichen Neutralität, wie sie in zahlreichen Einzelstaatsverfassungen zu finden ist, ein Ende gesetzt. Den Begründungsmustern vorherrschender neoliberaler Sozialkahlschlag spolitik, die stets auch auf Privatisierung und der Herstellung von Marktförmigkeit in allen Dienstleistungsbereichen fußen, wird hier eine zusätzliche Legitimationsgrundlage geschaffen. Auch vor diesem Hintergrund ist das im Verfassungsentwurf vorgesehene Festhalten am Stabilitätspakt sowie die Nichtharmonisierung direkter Steuern, wie beispielsweise der Unternehmenssteuern, zu kritisieren. Denn hiermit beraubt sich die EU selbst essentieller wirtschaftspolitischer Steuerungsinstrumente. Diese klare wirtschaftspolitische Tendenz stellt sicherlich keine Grundlage für die soziale Sicherheit der EU-BürgerInnen dar.

Die Aufnahme der Grundrechte-Charta in die Verfassung ist zu begrüßen - gleichwohl muss die Einklagbarkeit dieser Rechte gewährleistet sein. Es bedarf noch vieler grundlegender Korrekturen am Entwurf, um tatsächliche Rechtssicherheit auf europäischer Ebene zu garantieren. Vor allem an der rechtlichen Einhegung europäischer Sicherheits- und Gefahrenabwehrpolitik mangelt es derzeit stark. Ebenfalls positiv zu bewerten am Verfassungsentwurf ist die Aufwertung des Europaparlaments - ein wichtiger Schritt zur weiteren Demokratisierung der EU.

Wie auch immer der Verfassungsentwurf aussehen wird, der letztendlich die Grundlage für eine EU-Verfassung sein wird: Es bleibt die Frage nach dem Prozess der Verfassungsgebung. Soll die Verfassung tatsächlich eine Verfassung aller EU-Bürgerinnen und -bürger sein, und nicht eine der einzelstaatlichen Regierungen, müssen es schließlich auch diese sein, die das letzte Wort haben.

Alexander Wagner

Buchrezension

Unser Hotel ist judenfrei

***...wer dir naht mit platten Füßen, mit Nasen krumm und Haaren kraus, der soll nicht deinen Strand genießen, der muss hinaus! Der muss hinaus!* So lauten Zeilen der letzten Strophe des „Borkum-Liedes“, der antisemitischen „Nationalhymne“ der Insel ab den 1890er Jahren. Frank Bajohrs Buch zum Bäder-Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert macht die Ausgrenzung von JüdInnen greifbar.**

Borkum ist eine der Nordseeinseln, die sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu einer der Hochburgen antisemitischer Badeorte entwickelt hatten. Denn trotz ihrer grade errungenen rechtlichen Gleichstellung waren JüdInnen zum Beispiel in ihrer Urlaubszeit zunehmend massiven Repressionen ausgesetzt. Türschilder mit Aufschriften wie „Juden und Hunde dürfen hier nicht rein“ waren beispielsweise in vielen deutschen Bade- und Erholungsorten nichts Außergewöhnliches. Auch rühmten sich Urlaubseinrichtungen und Badeorte in Werbeprospekten damit, ein judenfreies Hotel oder gar Bad bieten zu können. Eine Trennung von jüdischen und antisemitischen Bade- und Erholungsorten etablierte sich deshalb unweigerlich.

Frank Bajohr stellt in seinem Buch “Unser Hotel ist judenfrei“ die Entwicklung des Bäderantisemitismus vom Kaiserreich bis zum Dritten Reich dar. Dabei gelingt es ihm, einen Eindruck von den unerträglichen Demütigungen zu vermitteln, denen JüdInnen in ihrer Urlaubszeit ausgesetzt waren, reisten sie nicht in jüdische Badeorte. Er beschreibt, wie sich diese Demütigungen zu realen Gefahren für das Leben der jüdischen Badegäste verschärften - wie zum Beispiel Umzüge, auf denen uniformierte Nationalsozialisten „Juda verrecke!“ grölten.

Darüber hinaus ordnet Bajohr das Phänomen des Bäder-Antisemitismus gesamtgesellschaftlich ein: Welche Dimension hatte während des Kaiserreiches der Antisemitismus im alltäglichen Leben deutscher JüdInnen - in Freizeit, Urlaub, Beruf und Geschäftsleben? Warum waren JüdInnen besonders in ihrer Urlaubszeit von einer solchen antisemitischen Hetze betroffen? Und welche Reaktionen und Verhaltensstrategien von JüdInnen und jüdischen Interessensverbänden folgten?
Mit vielen Quellen, Erfahrungsberichten und Abbildungen (eine antisemitische Ansichtskarte zu versenden, war ein Muss für die deutschnationalen UrlauberInnen), bemüht sich der Autor auch Nicht-HistorikerInnen eine Auseinandersetzung mit diesem Thema zu ermöglichen. Damit ist dieses Buch nicht nur für erfahrene Antifas, sondern auch für EinsteigerInnen eine empfehlenswerte Lektüre.

Lena Kreck

Das Buch „Unser Hotel ist judenfrei“ von Frank Bajohr ist 2003 im Fischer Taschenbuch Verlag erschienen.

Anzeige

Antifaschistisches Blatt
info
Nr.61 | 4/2003
Rocker und Rechte
Geld, Profis, Subkultur
Die Story der Band Landser
Vom wilden Streik bei Ford 1973
Zentrum gegen Vertreibungen - Die Debatte
Kostenloses Probeexemplar:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
e-mail: aib@mail.nadir.org
web: www.nadir.org/aib
Einzelexemplar 3,10 Euro
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

Antisemitismus in Deutschland

Einmal Antisemitismus à la Hohmann, bitte!

Wer meint, es gäbe keinen Antisemitismus außerhalb der rechtsradikalen Szene, muss spätestens nach dem „Fall Hohmann“ eines besseren belehrt sein.

Als er gehen musste, war er nicht allein. Nach seiner antisemitischen Rede zum Nationalfeiertag erhielt Hohmann Unterstützung aus CDU bis NPD (vereinzelt sogar SPD). Burschenschaften gaben Pro-Hohmann-Flugblätter heraus und die Junge Union forderte „kritische Solidarität“. Ein Zirkel von Unionsmitgliedern um den ehemaligen ZDF-Chefredakteur Fritz Schenk verwirklichte dies gleich in Form einer Solidaritätsinitiative. Beispiele für die breite Unterstützung von Hohmanns Gedankengutes lassen sich leicht finden - so in fast jedem Gästebuch auf lokalen CDU-Homepages, wo etwa der rechte Publizist Eibicht immer wieder schreibt: „Ich klage an! - Martin Hohmann ist unschuldig!“ und unkommentiert bleibt. Die Partei selbst wurde erklärtermaßen erst aktiv, als klar war, dass Hohmanns Mitgliedschaft parteischädigend ist. Man wollte erst mal sehen, wie auf die Rede reagiert wird.

Deckblatt einer frz. Ausgabe der „Protokolle der Weisen von Zion“, einer Fälschung, auf deren Verschwörungstheoretischen Hintergrund auch heutige Antisemiten zurückgreifen

Nicht nur Vorurteile gegen Jüdinnen und Juden

Antisemitismus ist die Erklärung des Weltübels durch „den Juden“. So war es bei Hohmanns Rede. Er erklärte das „Gespenst des Kommunismus“ durch den „bolschewistischen Juden“. Da er genau diesem Muster der offensichtlich falschen und verschwörerischen Deutung der Geschichte unterliegt und nichterkannte Ursachen der Dinge auf die JüdInnen projiziert, ist er Antisemit. Es ist die unzulässige Verallgemeinerung von (so das überhaupt der Fall ist) konkreten geschichtlichen Personen auf die Gruppe der JüdInnen. Dieser Gruppe werden per se bestimmte Eigenschaften zugeordnet, ein jüdisches Wesen und eine Erklärung des Übels durch diese Gruppe.
Da offener Antisemitismus in Deutschland historisch „belastet“ ist, bedient sich die bürgerliche Rechte stattdessen häufig des so genannten „sekundären Antisemitismus“. Der Vorwurf richtet sich nicht mehr offen gegen JüdInnen direkt, sondern wirft ihnen die Ergebnisse des Holocaust als deren eigene Schuld vor: Wegen des Holocaust dürfen wir Deutschen ärgerlicherweise nicht Nation spielen.
Beide Phänomene greifen, wenn sich gemeinsam Bürgerliche bis Rechtsextreme demonstrativ hinter Hohmann stellen. Sie fühlen mit, weil sie sich selbst von einer moralischen Gedankenpolizei überwacht fühlen, die den Naziterror nicht endlich vergessen will. Dann kommen wieder einmal die Schlussstrich-, Maulkorb- und Patriotismusdebatten auf. Einerseits lenken sie vom direkten Antisemitismus ab und andererseits zeigen sie selbst eine Anfälligkeit für antisemitisches Denken.

Erschreckende Zahlen

Umfragen von Emnid, Infratest und Forsa kommen zu Ergebnissen wie: „Negative Einstellungen gegenüber Juden sind in Deutschland weit verbreitet“. Danach sind 40 Prozent der Deutschen der Meinung, „dass die Juden einen zu großen Einfluss auf die Weltgeschehnisse ausüben“ (Infratest). 23 Prozent der Deutschen lassen sich dem Lager der Deutschen mit latent bis starken antisemitischen Einstellungen zuordnen (Forsa / Stern). Wer meint, dass es „richtigen“ Antisemitismus nur bei Rechtsextremen gibt, verschließt die Augen.

Fazit

Das Problem der bürgerlichen Parteien ist nicht so sehr, dass es rassistische, judenfeindliche und antisemitische Ausfälle in ihren Reihen gibt. Sie bietet viel mehr einen Nährboden für Antisemitismus jeder buntscheckigen Art.

Nils Matzner

radikal reisen

Richtung: USA - San Fransisco
Termin: 19.-29.4.2004 / Preis: ca. 750 Euro
Thema:„Sozialer Protest in den USA – von 1968 bis zum Irak-Krieg"
Im Zuge der Debatten um den Irak-Krieg ist auch in den USA die Entstehung einer neuen Friedensbewegung zu beobachten, die teils auch die Ablehnung eines Krieges im Irak mit globalisierungskritischen Inhalten verknüpft und eine fundamentale Veränderung der Gesellschaft einfordert. Wir wollen uns vor Ort mit verschiedenen Gruppen über die Geschichte und Gegenwart von Gesellschaftskritik in den USA unterhalten, u.a. mit den „Young Democratic Socialists", aber auch verschiedenen Initiativen und Gruppen, die aktiv gegen den letzten Irak-Krieg agiert haben und uns ein genaueres Bild besonders von der aktuellen Situation linker Kräfte in San Francisco bzw. Kalifornien machen.
Veranstaltet von der Vereinigung Sozialliberaler Bildungseinrichtungen (VSB)

Richtung: Finnland
Termin: 22.-31.8.2004 / Preis: ca. 280 Euro
Thema:„Das Nordeuropäische Sozialstaatsmodel – Mythos oder Realität?"
Die Agenda 2010 besiegelt den Sozialabbau in Deutschland endgültig. So etwas scheint man in Finnland nicht zu kennen. Das Sozial- und Bildungssystem scheint sogar weiter ausgebaut zu werden. Statt Studiengebühren zu zahlen, erhalten finnische Studierende monatlich 200 Euro vom Staat, und zwar elternunabhängig. Soziale Brennpunkte werden finanziell besonders berücksichtigt. Doch warum kann Finnland sich das leisten? Und sieht überhaupt alles so rosig aus? Dies wollen wir gemeinsam mit unserer Partnerorganisation Vasemmistonuoret in politischen Gesprächen mit Vertretern vieler gesellschaftlicher Gruppen diskutieren und natürlich auch einen Eindruck finnischer Lebensweise und Landschaft erhalten. Der traditionelle Saunagang wird da genauso wenig fehlen, wie gutes finnisches olutta (Bier). Hyvää matkaa!

Richtung: USA – New York
Termin: 1.-11.9. 2004 / Preis: ca. 650 Euro
Thema:„Politische und Soziale Bewegungen in den USA"
Eine neue Erscheinung neben Bürgerrechtsbewegung, ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung, der „Neuen Linken" der 60er/70er,„Hippie"-Bewegung u.v.a. sind die überall entstehenden Sozialforen. Gerade die InitiatorInnen des New Yorker Sozialforum bemühen sich hierüber um eine wieder verstärkte Vernetzung der Linken. Eine weitere Bereicherung des politischen Spektrums in den USA waren in den letzten Jahren verschiedene migrantische Bewegungen, die sich für rechtliche Gleichstellung, Legalisierung illegaler EinwanderInnen, Gleichstellung im Arbeitsleben und dem Protest gegen diverse rassistische Gesetzesänderungen in Folge des „Kampf gegen den Terror". Durch den Dschungel der politischen Szene in New York wird uns unser Partner „Young Democratic Socialists" helfen.

Richtung: Südafrika
Termin: 1.-11.9.2004 / Preis: ca. 750 Euro
1994 endete die Arpartheid unverhofft, was das Ende der staatlichen Diskriminierung von Schwarzen bedeutete. Der ANC (African National Congress) gewann die absolute Mehrheit im Parlament, Nelson Mandela wurde Präsident. Auch wenn sich die rechtliche Lage von Schwarzen seitdem deutlich verbessert hat, haben sich viele Hoffnungen der Aufbruchsjahre nicht erfüllt. So ist die Armut innerhalb der schwarzen Bevölkerung nach wie vor außerordentlich hoch, was dazu führt, dass neue gesetzlichen Errungenschaften zum Teil nicht wahrgenommen werden, weil die materielle Situation dies nicht erlaubt. Unter ihrem neuen Präsidenten Mbeki schlägt die ANC-Regierung seit den letzten Jahren zunehmend einen neoliberalen Kurs ein.
Mit dieser Entwicklung und den Folgen der Apartheid wollen wir uns während unseres Aufenthaltes auseinander setzen. Dazu wollen wir uns mit unterschiedlichen politischen Gruppen, wie „Survivors of the Violence", dem Gewerkschaftsverband COSATU (Congress of South African Trade Unions)und anderen treffen. Mit unserer Partnerorganisation SASCO, der landesweiten StudentInnenorganisation, wollen wir über Hochschulpolitik im Zusammenhang mit den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen diskutieren. Für die landschaftlichen und kulturellen Besonderheiten Südafrikas werden wir uns zwischen den politischen Terminen Zeit nehmen.
Veranstaltet von der Vereinigung Sozialliberaler Bildungseinrichtungen (VSB)

EU-Parlamentswahlen 2004

Mit Vorsicht zu genießen!

Die Wahlen zum EU-Parlament im Juni 2004 sind wichtig für die Linke, um europaweit Alternativen zu diskutieren und sich Gehör zu verschaffen. Am 13. Juni 2004 sind Wahlen zum EU-Parlament. 99 deutsche EU-ParlamentarierInnen werden für die nunmehr insgesamt 682 EU-Parlamentssitze neu gewählt.

Im EU-Parlament haben sich länderübergreifende Fraktionen auf der politischen Rechts-Links-Achse gebildet; von einer rechten Nationalistenfraktion, einer konservativen Fraktion (derzeit 232 Sitze) über die europäischen sozialdemokratischen Parteien (176 Sitze), Liberale, Grüne und der linken Fraktion. Deren Namen zeigt bereits das bestehende Spannungsverhältnis an:„Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke", kurz GUE/NGL, mit derzeit 49 Sitzen. 13 eurokommunistische, linkssozialistische und linksökologische Parteien aus den meisten europäischen Ländern sind an der Fraktion beteiligt - die deutschen VertreterInnen stellt dabei die PDS.

„Konföderal" - also loser Austausch und ohne Fraktionszwang - macht die Probleme deutlich, die linke Parteien in der Positionsfindung zu europapolitischen Themen haben - linker Internationalismus hin oder her. Beispiel EU-Integration: Während die schwedische „Linkspartei" gegen die Verlagerung der Befugnisse nationaler Parlamente auf die EU oder die Ausweitung der Eurozone kämpft, legen die PDS und die französischen Kommunisten den Schwerpunkt ihrer Kritik eher an der neoliberalen Geldpolitik der EU-Zentralbank an.

Oder Beispiel EU-Armee: Während sich die PDS programmatisch auf eine Ablehnung der EU-Armee festgelegt hat und nach innerparteilichem Druck mit Tobias Pflüger von der „Informationsstelle Militarisierung" (IMI) einen prominenten Vertreter dieser antimilitaristischen Position auf den aussichtsreichen Listenplatz 4 für die EU-Wahlen 2004 gesetzt hat, steht beispielsweise die spanische „Vereinigte Linke" als auch etwa die dänische „Sozialistische Volkspartei" einer eigenen EU-Armee durchaus offen gegenüber. Explosive Spannung vermitteln auch die politischen Traditionen der an der GUE/NGL beteiligten Linken: Sitzen doch etwa die orthodox-kommunistische KP Griechenlands mit ihrer eher links-undogmatischen Abspaltung „Synaspismos" oder zwei italienische kommunistische Parteien, die sich jüngst über die Frage des Austritts aus der damaligen Mitte-Links-Regierung spalteten, nun wieder an einem Fraktionstisch. Die „grüne" Linie etwa des finnischen „Linksblocks", in welchem sich Reformsozialisten und Linksökologen vereinigten, trifft in der GUE/NGL auf die beinharten Positionen der portugiesischen KP. Irgendwo dazwischen agiert die deutsche PDS und die französischen Eurokommunisten. Für Diskussionen dürfte also auch in Zukunft ausreichend gesorgt sein.

Vorausgesetzt, es gelingt den einzelnen Linksparteien, ihre Wahlhürden zu überwinden. Für die deutsche PDS geht's hier ums blanke Überleben: Nur bei Überspringen der 5%-Hürde ist sie zukünftig bundespolitisch nicht völlig abgemeldet. Das kann auch emanzipatorischen Linken nicht egal sein. Denn obwohl das Wirken linker Parteien im Parlament durch das ökonomische und bürgerlich-parlamentarische Grundgefüge des Kapitalismus begrenzt ist, können linke Parlamentsparteien bestehende soziale Bewegungen durchaus unterstützen und ihnen eine Plattform bieten. Sie übermitteln und vollstrecken außerparlamentarisch erkämpften Fortschritt. Die spannende Mischung GUE/NGL entspricht dabei den Diskussionslinien der europäischen Linken insgesamt: Wie kann ein friedliches Europa konkret aussehen? Welche europaweiten sozialen Sicherungssysteme, welche antineoliberale Wirtschaftspolitik, welche länderübergreifende Mitbestimmungsrechte sind durchzusetzen? Und wie können offene Außengrenzen für EinwanderInnen in Europa sozial integrativ umgesetzt werden? Nicht zuletzt stehen die Strategien der nationalen Linken europäisch auf dem Prüfstand. Deutsche Linke können hier vieles lernen und - mit Vorsicht genießen.

Jörg Schindler

Länderbericht Brasilien

Doch keine Revolution

Als Luiz Inácio Lula da Silva am 1. Januar 2003 als neuer Präsident Brasiliens antrat, wurde er nicht nur in seinem Land gefeiert. Insbesondere die globalisierungskritische Linke sah in ihm eine echte Alternative zu den vorherrschenden neoliberalen Staatsregierungen.

Der Wahlsieg des ehemaligen Metallarbeiters aus einer armen Migrantenfamilie mit über 61% war ein historischer Einschnitt. Selten hat eine linke Partei wie die sozialistische Arbeiterpartei PT ein solches Ergebnis erzielt.

Inzwischen ist die Lula-Euphorie in der brasilianischen wie der internationalen Linken abgeebbt. Linke Intellektuelle, Umweltverbände und der von der PT dominierte studentische Dachverband sind in die Opposition gegangen. Sowohl der kleinere, linke Parteiflügel der PT als auch der größte Gewerkschaftsdachverband CUT mobilisieren gegen die Renten- und Arbeitsmarktpolitik der Regierung, die von der Lockerung des Kündigungsschutzes über die faktische Senkung der Reallöhne bis zur Heraufsetzung des Renteneintrittsalters um 10 Jahre reicht. Die Zahl der Landbesetzungen durch die Landlosenbewegung MST ist seit dem Regierungswechsel sogar stark angestiegen.

Doch nicht nur Linke haben ihre Meinung über den ehemaligen Gewerkschafts- und Streikführer geändert. Als sich ein möglicher Wahlsieg Lulas und seiner Arbeiterpartei PT abzeichnete, reagierten die internationalen Finanzmärkte zuerst allergisch, die brasilianische Währung Real verlor rapide an Wert. Das veranlasste Lula noch im Wahlkampf, die Einhaltung aller internationalen Verträge und insbesondere der harten Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu versprechen. Dies bekräftigte er u.a. durch die Kandidatur mit José Alencar, Milliardär und Großunternehmer der Textilbranche, als Vizepräsident. Inzwischen ist die Stimmung in der Finanzwelt umgeschwungen. The Economist forderte in Anspielung auf den

venezolanischen Präsidenten: „Mehr Lula, weniger Chavez!", die FAZ nannte ihn den „neuen Liebling der Börsen".

Allerdings steht Lula vor einer denkbar schwierigen Aufgabe: Auf der einen Seite muss Brasilien weiter die Auslandsschulden bezahlen, auf der anderen Seite soll mehr in Sozialprogramme investiert und mehr soziale Gerechtigkeit erreicht werden. Der Weltmeister im Herrenfußball gehört zu den Ländern mit der größten Kluft zwischen Arm und Reich. Der rechts-sozialdemokratische Amtsvorgänger Lulas, Fernando Henrique Cardoso, hat eine steigende Arbeitslosigkeit, zunehmende Armut, schlechte Gesundheitsversorgung und Trinkwassernotstand hinterlassen.

Prominentestes Beispiel Lulas Sozialpolitik heißt: „Fome Zero". Dieses Hungerbekämpfungsprogramm erreicht zwar bisher nur einen Teil der vom Hunger betroffenen Familien. Es sichert jedoch mehreren Millionen den regelmäßigen Zugang zu Grundnahrungsmitteln und ist damit definitiv mehr als nur symbolisch.

Im Januar 2004 integrierte Lula durch eine Kabinettsumbildung die rechtskonservative Zentrumspartei in die Regierung, um seine Parlamentsmehrheit weiter zu sichern, während vier PT-Abgeordnete, die gegen die Rentenreform gestimmt hatten, ausgeschlossen wurden. Die erweiterte „Links-Mitte-Rechts-Allianz" dürfte die versprochene Umverteilung von Einkommen und Land noch schwieriger machen. Der scharfe Sparkurs, den der Staatschef verordnet hat, um die Finanzmärkte zu beruhigen, ist daran nicht unschuldig, doch darf man in Brasilien weder Revolutionen noch Wunder erwarten.

Geraldine Hohn

Verhandlungen der Welthandelsorganisation WTO

WTO Post-Cancún: Verhandlungen wieder aufgenommen

Nach dem Scheitern von Cancún im September 2003 und monatelangem Verhandlungsstillstand ist auf dem Treffen des Allgemeinen Rates der WTO Mitte Februar in Genf nun Bewegung in die Verhandlungen gekommen. Doch trotz Teilerfolgen ist kritische Wachsamkeit auch weiterhin geboten, denn wie bisher versuchen EU und andere Industrieländer ihre Agenda möglichst unverändert durchzusetzen.

In Cancún waren die Verhandlungen u.a. daran gescheitert, dass EU und Japan auf eine Erweiterung der WTO-Agenda durch die Aufnahme der umstrittenen Singapur-Themen (Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und Handelserleichterungen) gedrängt hatten. Zudem ignorierten die Industrieländer die Forderungen des Südens im Agrarbereich. Die von Entwicklungsländern gebildeten Allianzen der G 20 und G 70 lehnten Verhandlungen daher ab. Sie forderten Welthandelsregeln, die den unterschiedlichen Entwicklungsstandards der Länder Rechnung tragen und Spielraum für eine selbstbestimmte Entwicklungspolitik lassen. Kritische zivilgesellschaftliche Gruppen unterstützten diese Forderungen und begrüßten das Scheitern der Konferenz.
Auf den Treffen der WTO-Handelsvertreter in den vergangenen Monaten zeigte sich kaum eine Annäherung dieser gegensätzlichen Positionen. Im Dezember präsentierte die EU Vorschläge, die kein Entgegenkommen gegenüber dem Süden erkennen ließen. Daraufhin folgten weitere Konsultationen und nach der letzten Ratssitzung im Februar 2004 werden nun formelle Verhandlungen auf den Weg gebracht. Das bedeutet jedoch nicht, dass sich die Positionen in allen Bereichen angenähert haben. Die WTO-Staaten konnten sich z.B. nicht darauf einigen, noch in diesem Jahr eine Ministerkonferenz in Hong Kong abzuhalten, wie es EU und USA forderten. Das macht deutlich, dass die Erwartungen über den Fortgang der Verhandlungen noch weit auseinander liegen. Dass zu den kontroversen Singapur-Themen zunächst keine formellen Verhandlungen aufgenommen werden, wird von kritischer Zivilgesellschaft und von den Regierungen des Südens einerseits begrüßt, zugleich jedoch nur als ein Teilerfolg angesehen.

Salami-Taktik der EU

Die EU als eine der stärksten Befürworterinnen der Singapur-Themen zeigte sich im Februar scheinbar kompromissbereit. Sie schlägt nun - ähnlich wie bereits im Dezember 2003 - vor, zunächst nur Verhandlungen zu zwei der vier Themen (Handelserleichterungen und öffentliches Beschaffungswesen) aufzunehmen, und die Verhandlung der anderen Singapur-Themen vorerst zurückzustellen. Zudem sollen die Themen nun außerhalb der gegenwärtigen Verhandlungsrunde und plurilateral, d.h. im WTO-Rahmen jedoch nur mit denjenigen Ländern, die hierzu bereit sind, verhandelt werden. Die Gefahr eines plurilateralen Ansatzes besteht jedoch darin, dass Entwicklungsländer, die Verhandlungen zu den Singapur-Themen eigentlich ablehnen, durch politischen Druck gezwungen werden könnten, plurilateralen Abkommen beizutreten. Daher ist der plurilaterale Ansatz ebenso abzulehnen wie der gegenwärtig praktizierte nördlich-hegemoniale Multilateralismus der WTO.
Die EU-Forderungen machen deutlich, dass die EU - ebenso wie USA und Japan - auch weiterhin versucht, ihre Interessen, die einer eigenständigen Entwicklungspolitik der Länder des Südens entgegenstehen, durchzusetzen. Für die Allianzen der Entwicklungsländer sowie die globalisierungskritische Zivilgesellschaft bleiben die Forderungen von Cancún - Ablehnung der Singapur-Themen, Abbau der nördlichen Exportsubventionen im Agrarbereich und Schaffung von Handelsregeln, die den unterschiedlichen Bedingungen und Kapazitäten von Entwicklungs- und Industrieländern Rechnung tragen - daher von zentraler Bedeutung.

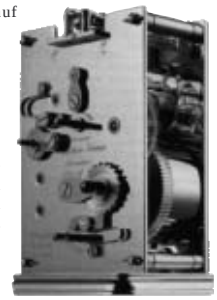
Barbara Dickhaus
ist Mitarbeiterin bei World Economy, Ecology and Development (WEED)

Beitrag der JD/JL-Partnerorganisation ÖDP Youth (Türkei)

Gegen das neoliberale Uhrwerk!

Eine historisch neue, breite Koalition aus linken Kräften in der Türkei rüstet sich für die kommenden Regionalwahlen

Während die Türkei vorrangig damit beschäftigt ist, die eigene EU-Erweiterung voran zu treiben sowie die Zypernfrage zu lösen, finden bald auch türkische Regionalwahlen statt. Die Hürde für die Parteien, um ins Parlament zu gelangen, liegt unglaublich hoch: 10% der Stimmen muss eine Partei mindestens auf sich vereinigen, um mit ihren Abgeordneten repräsentiert zu sein. Die Folge ist, dass aus diesem Grund gerade nur zwei Parteien im Parlament vertreten sind. Demokratie “a la turca”…



Hält man sich das übliche Wahlverhalten der türkischen Bevölkerung vor Augen, dann ist davon auszugehen, dass sie auch dieses Mal für in der großen Mehrheit für eine der beiden Parteien stimmen werden, die bereits an der Macht sind. Die AKP (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei) wird demnach wenig überraschend nach der CHP (Republikanische Volkspartei) wieder stärkste Fraktion im Parlament sein.

Eine breite linke Koalition

Während die Linke in der Türkei lange Zeit noch mit den Nachwirkungen des Staatsstreiches 1980 durch die Armee beschäftigt war, formiert sich gegenwärtig eine in der türkischen Geschichte ungewöhnliche und breite Koalition, die von den Sozialdemokraten bis hin zu den Marxisten reicht - also von den patriotischen bis zu den radikal linken Kräften.

Die ÖDP (Partei der Freiheit und Solidarität), die DEHAP (Demokratische Volkspartei), die SHP (Sozialdemokratische Volkspartei) sowie die EMEP (Arbeiterpartei) sind die Hauptakteure in dieser politischen Koalition. Die DEHAP, die dabei den Rückhalt der meisten KurdInnen in der Türkei genießt, ist vor allem eine Herausforderung in den östlichen Städten. In einigen anatolischen Gemeindebezirken hat eine linke Koalition, die sich Demokratische Kooperation nennt, gute Ausgangsbedingungen die Wahlen für sich zu entscheiden. Demnach scheint eine andere, linke Politik auf lokaler Ebene vorstellbar!

Die Koalition tritt dabei mit den gleichen, bekannten und weithin respektierten Kandidaten zur Wahl auf. Das gemeinsame Programm vereinigt Ziele für mehr direkte Demokratie, soziale Gerechtigkeit und spricht sich gegen die neoliberale Politik des Internationalen Währungsfond aus. Vielleicht steht uns ein zweites Porto Allegre bevor...

Gemeinsamer Widerstand gegen den neoliberalen Kurs

Gewinnt die gegenwärtig mehrheitlich regierende AKP als konservative Partei mit islamischen Grundwerten mehrheitlich die Regionalwahlen, werden sich auch weiterhin wie ein Uhrwerk und ohne Zögern an der Durchsetzung neoliberaler Interessen arbeiten. Sie strebt u.a. eine Privatisierung der öffentlichen Einrichtungen und Dienste. Wegen ihres klar auf eine Neoliberalisierung der Türkei ausrichteten Kurses wird diese Politik der AKP innerhalb der EU durchaus geschätzt, weil sie so den „Clash der Gesellschaften“ für diese abmildert.

Nicht zuletzt aus diesem Grund sind die aktuellen lokalen Wahlen für die türkische Linke von enormer Wichtigkeit - aber auch eine Prüfung nach jahrelanger Zusammenarbeit und Kooperation.

Kivanc Eliacik (ÖDP)
Übersetzung: Daniel Leisegang

Richtung: Frankreich
Termin: Herbst 2004
Preis: ca. 250 Euro
Thema:„ Tous ensemble, tous ensemble...grève générale!“- Sozialabbau und Globalisierung
Der Sozialabbau der französischen Rechtsregierung steht dem der Bundesregierunng in nichts nach: Erhöhung des Renteneintrittsalters, Kürzungen sozialer Leistungen und neoliberale Umstrukturierung des Bildungswesens. Aber es regt sich Widerstand. Das Gros der Gewerkschaften opponiert gegen die Regierungspolitik und arbeitet mit der globalisierungskritischen Bewegung zusammen. Gemeinsam mit unserer Partnerorganisation mjcf wollen wir uns vor Ort über die Hintergründe der politischen Situation in Frankreich informieren und gemeinsame Strategien gegen den Sozialabbau diskutieren. Schließlich ist der Neoliberalismus ein internationales Phänomen, das die aktuellen Globalisierungspolitiken dominiert. In Frankreich ist die globalisierungskritische Bewegung stärker und tiefer in der Gesellschaft verankert als in Deutschland. Wir werden im Gespräch mit Vertretern von Gewerkschaften, ATTAC und anderen linken Zusammenhängen einen genaueren Blick auf das «mouvement» werfen.

Richtung: Russland - Moskau
Termin: 19.9.-02.10.2004 / Preis: ca. 390 Euro
Thema: Geschichte und aktuelle Entwicklung der Linke in Russland

Richtung: Baltikum
Termin: 1.-10.10.2004 / Preis: ca. 300 Euro
Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erlebten auch die baltischen Staaten einen Wechsel sowohl im politischen - als auch im Wirtschaftssystem. Mit der EU-Mitgliedschaft und der vorausgeschalteten Strukturanpassung findet recht schnell eine Eingliederung ins freimarktwirtschaftliche Wirtschaftssystem statt. Die damit verknüpften und zu bewältigenden Probleme sind vielfältig. Wir werden uns auf unserer Reise u.a. mit folgenden Fragen befassen: Wie wirkt sich der EU-weite race-to-the-bottom im sozialpolitischen Bereich auf die Wirtschafts- und Sozialsysteme in den baltischen Staaten aus? Welche Rolle kommt diesen in einer erweiterten EU zu? Wie sieht die Situation für junge Menschen im Bildungssytem aus? Wir werden diese und andere Fragen mit politisch Aktiven vor Ort diskutieren und nach Möglichkeit Institutionen besuchen, für die diese Fragen von Bedeutung sind.

Richtung: Peru
Termin: Frühjahr 2005 / Preis: ca. 750 Euro

Hinweise
Zu jeder Reise könnt ihr ein Faltblatt mit weiteren Informationen in unserer Geschäftsstelle bestellen. Die Fahrten sind in der Regel auch für SchülerInnen und StudentInnen erschwinglich, da für die meisten Reisen Zuschüsse beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Europäischen Kommission beantragt worden sind. Die Angaben zu den Teilnahmebeiträgen sind vorläufig. Der Teilnahmebeitrag deckt i.d.R. Reisekosten, Programm und Unterkunft, einen inhaltlichen Vorbereitungsreader und regelmäßig auch ein Vorbereitungsseminar.
Mitfahren können alle, die noch nicht 27 Jahre alt sind. Die Teilnehmenden müssen weder die Landessprache beherrschen, noch SpezialistInnen sein, weder für das Thema, noch für das Gastland. Mitgliedschaft bei JD/JL ist keine Teilnahmevoraussetzung.
Jetzt anmelden, auch für die Reisen der VSB e.V., über:
JungdemokratInnen / Junge Linke, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin,
Tel.: 030-440 248 64, Fax: -66, bgs@jdjl.org

Fanshop & Infomaterial

Folgende Materialien könnt ihr in der Bundesgeschäftsstelle bestellen. Ausfüllen, ausschneiden und abschicken!

☐ Infopaket
Mit vielen Flugblättern, verschiedenen Zeitungen und Plakaten.

tendenz
Zu folgenden Schwerpunktthemen sind tendenzen beziehbar:
☐ Europa und Soziale Bewegungen
☐ Antimilitarismus
☐ Globalisierung
☐ Innere Sicherheit
☐ Antifaschismus
☐ Kritik an der‚wehrhaften Demokratie'
☐ Rüstungsexporte und Menschenrechte
☐ Asylrecht
☐ Gegen Arbeitszwang
☐ Europa
☐ kein mensch ist illegal

‚Mit Sicherheit rassistisch'
☐ Flugblatt‚Every step you take...' - Aufhebung des Datenschutz für MigrantInnen
☐ Flugblatt‚Keine Alternativen: § 129b StGB abschaffen!'
☐ Flugblatt‚Ich weiß, wen du letzten Sommer unterstützt hast... Datenschutz ade?'
☐ Flugblatt‚(Un)Heimlich rassistisch - der permanente Ausnahmezustand'
☐ Flugblatt‚Abschottung total - die Verschärfung des Einreise - und Ausweisungsrechts'
☐ Flugblatt‚Residenzpflicht abschaffen!'
☐ Aufkleber‚Mit Sicherheit rassistisch!'

‚GATS stoppen!'
☐ Faltblatt‚Public services under public control!'
☐ Plakat‚Public services under public ...'
☐ Faltblatt‚GATS macht durstig'
☐ Faltblatt‚GATS macht dumm'
☐ Aufkleber‚GAT macht's durstig'
☐ Aufkleber‚GATS macht durstig'
☐ Aufkleber‚GATS macht dumm'

‚deportation class'
☐ Sondertendenz Antirassismus
☐ Faltblatt‚boarding information - Was tun bei Abschiebungen im Flugzeug?'
☐ Faltblatt‚Die schönsten Ziele in der deportation class'
☐ Faltblatt‚Lufthansa Unternehmensbericht. Das Geschäft mit der Abschiebung'
☐ Plakat‚deportation class' (0,50 Euro)

Handbücher
☐ Stoffkunde - Drogen: Was wirkt wie und warum (7 Euro)
☐ kein mensch ist illegal - Handbuch gegen Abschottung & Ausgrenzung (3 Euro)
☐ Gegen Arbeitszwang und Billigjobs (2 Euro)
☐ Freiheit stirbt mit Sicherheit! Handbuch gegen Überwachung (3 Euro)
☐ Tipps und Tricks für den radikaldemokratischen Alltag (2 Euro)
☐ Broschüre gegen Totschlagargumente - Argumente gegen Jugendoffiziere (1,50 Euro)
☐ Give the feministe a cigarette - Feminismushandbuch (4 Euro)

Regelmäßig neu
☐ Schlagloch - Zeitung des Landesverbandes NRW
☐ Zündstoff - Zeitung der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz
☐ blatt - Zeitung des Landesverbandes Berlins
☐ Subversion - Zeitung des Landesverbandes Brandenburgs
☐ LiSA-Zeitung - Zeitung der linken SchülerInnen Aktion Berlin
☐ RadZ - Radikaldemokratische SchülerInnenzeitung des Bundesverbandes

Flug- & Faltblätter
☐ ‚Die ganze Richtung passt uns nicht! - Faltblatt zum rot-grünen Sozialabbau
☐ ‚Ohne Rente sehen wir alle ganz schön alt aus'
☐ Gegen repressive Innenstadtpolitik:‚SOS'
☐ Nichts zu verbergen? - Überwachung an Hochschulen
☐ ‚Gegen den Irak-Krieg und das halbherzige Nein der Bundesregierung!'
☐ ‚Die Verachtung völkerrechtlicher Standards - der kalkulierte Angriffskrieg
☐ Gesundheit ist keine Ware?
☐ Freiheit stirbt mit Sicherheit! BürgerInnenrechte verteidigen - Schilys Sicherheitsgesetze verhindern!
☐ Jetzt erst recht: Grundrechte verteidigen!
☐ Rot-grün diskriminiert und verfolgt fast genauso gut

Aufkleber
☐ Aufkleber‚Horde'
☐ Aufkleber‚Gegen Jugendoffiziere'
☐ Aufkleber‚Das linke Camp zur rechten Zeit'

T-Shirt
☐ ‚Ich störe gern.' - orange Schrift auf blauem Grund (10 Euro)
Girls- oder Boys-Schnitt; Größe: ____

Fahne
☐ Fahne‚Horde' - S/W, 100 x 50 cm (15 Euro)

Kommentar

Ende gut - alles gut?

Am 03.03.2004 hat das Bundesverfassungsgericht den so genannten „großen Lauschangriff“, für den 1998 das Grundgesetz geändert wurde, für „teilweise“ verfassungswidrig erklärt.
Der Lauschangriff wurde qua Mehrheitsmeinung des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts nicht im Ganzen für unrechtmäßig erklärt, wie zwei der acht RichterInnen es forderten, sondern nur die derzeitigen Hürden und Durchführungsbestimmungen zu diesem. Ja, es ist ein Erfolg, wenn die „akustische Wohnraumüberwachung“ nur noch bei bedeutend weniger Straftaten, nämlich solchen mit mehr als fünf Jahren Höchststrafen, droht. Intimgespräche mit Unbeteiligten dürfen nicht mehr verwertet werden. Wichtig auch, daß die Information der Betroffenen nach Abhörmaßnahmen wirklich erfolgen muss und die so gewonnenen Daten in den Datenbanken ein besonderes Kennzeichen haben sollen und weniger als bisher für andere Ermittlungen weitergegeben werden dürfen.
Aber: Den Lauschangriff wird es weiterhin geben.

Neben ihm weiterexistieren, wachsen und gedeihen werden auch weiterhin seine Ableger. In den Polizeigesetzen von Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Thüringen sind neben präventiven Abhörmaßnahmen auch Videoüberwachungen vorgesehen. Telekommunikationsdaten werden in nie gekanntem Ausmaß überwacht, Orts- und Bewegungsdaten werden durch Kameras, Handys - und zukünftig vielleicht mal irgendwann TollCollect - erfasst, die polizeilichen Datenbanken „Limo“ und „Automo“ wuchern, die Gendatenbanken boomen weiterhin.
Also Vorsicht und keine verfrühte Entwarnung. Aktiv gegen Sicherheitswahn und Überwachung werden wir leider bleiben müssen.

Astrid Papendick

Europäisches Sozialforum / Europan Activities

Paris. Vom 12.-16. November 2003 nahmen JungdemokratInnen / Junge Linke mit über hundert Personen am Zweiten Europäischen Sozialforum (ESF) in Paris teil. Als einzige politische Jugendorganisation aus Deutschland beteiligten sich JD / JL aktiv an der Gestaltung des Programms und diskutierten mit Vertreterinnen anderer NGOs auf Podien zu den Themen europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik, Militarisierung der EU und neofaschistische Bewegungen in Europa. Darüber hinaus wurde gemeinsam mit JD / JL-Partnerorganisationen im europäischen Dachveband ENDYL (European Network of Democratic Young Left) eine große Podiumsveranstaltung zu neoliberaler Privatisierungspolitik durchgeführt. An einem unterhaltsamen kulturellen Rahmenprogramm und spannenden Diskussionen mit jungen Leuten aus ganz Europa mangelte es natürlich ebenfalls nicht. Bilder und Eindrücke vom 2. ESF kannst du auf
http://www.jdjl.org finden, Infos rund um ENDYL auf http://www.endyl.org.

Das linke Camp zur rechten Zeit

Beckerwitz (Ostsee). Im vergangenen Sommer fand in Beckerwitz das gemeinsam von JungdemokratInnen / Junge Linke, dem Bündnis linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen (lira) und dem JD / JL-SchülerInnennetzwerk veranstaltete linke Sommercamp statt. Nicht nur mit Besuchern aus ganz Deutschland, sondern auch auch internationalen Gästen aus Fankreich, Dänemark und Finnland, spannenden Diskussionen, viel Sonne und Baden sowie fetten Partys war das linke Sommercamp sicherlich ein Höhepunkt des Jahres.

Auch in diesem Jahr wird das linke Camp wieder in Beckerwitz stattfinden, und zwar vom 30. Juli bis zum 8. August. Wie im letzten Jahr werden wieder internationale Gäste erwartet. Interessante Arbeitsgruppen zu Globalisierung, sozialen Bewegungen, Schul- und Gesellschaftskritik, Antimilitarismus, Feminismus, Drogenpolitik uvm. sind bereits in Planung - ebenso wird ein spannendes Programm mit Partys, Musik, Strandsessions, Grillen und mehr nicht auf sich warten lassen. Um strahlenden Sonnenschein und hohe Temperaturen wird sich derzeit auch schon bemüht. Bilder vom letzten Sommercamp finder ihr unter http://www.linkessommercamp.de.
Dort könnt ihr ab Mai auch das Programm für das diesjährige Camp, sowie Infos zu Anmeldung etc. finden.

Jugendbündnis gegen Sozialabbau: Take the power back!

Berlin. Gemeinsam mit der DGB-Jugend, Studierenden- und SchülerInnenvertretungen mobilisieren die JD / JL in einem Jugendbündnis gegen den Sozialabbau. Am europaweiten Aktionstag, dem 3.April, soll neben einem Konzert gegen Neoliberalismus ein eigener Jugendblock die Demonstration bereichern und die Forderungen der Jugendlichen in den Mittelpunkt rücken: Für Umverteilung von oben nach unten, für ein Studiengebührenverbot und umfassende
Lehrmittelfreiheit, für eine selbstbestimmte und vielfältige Jugendkultur. Denn gerade die Jugend ist von der neoliberale Sparzwangpolitik der Bundesregierung betroffen. Noch immer steigt die Jugendarbeitslosigkeit, Studierende müssen für ihr Studium blechen und viele Jugendzentren müssen
dichtmachen, weil die Mittel gekürzt werden.

Höchste Zeit also der Bundesregierung ordentlich einzuheizen!

Ich will mehr über Euch wissen!

- ☐ Ich will aktiv werden
- ☐ Ich will Mitglied werden. Schickt mir die nötigen Unterlagen
- ☐ Schickt mir Euer Seminarprogramm!
- ☐ Ich möchte über Aktionen informiert werden
- ☐ Ich möchte über „radikal reisen“ informiert werden
- ☐ Ich möchte lesen. Umseitig sind meine Wünsche angekreuzt
- ☐ Schickt mir Infos zum Thema:

Name, Vorname:
Straße:
Wohnort
Telefon:
Alter:
E-Mail:
Tätigkeit:

Und weg mit dem Coupon an: JungdemokratInnen/Junge Linke, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin; Fax: (030) 44 02 48 66; E-mail: infos@jdjl.org

Datenschutz: Deine Angaben werden von uns gespeichert und nur intern an Landes- oder Kreisverbände weitergegeben. Eine Weitergabe an Dritte ist ausgeschlossen. Du kannst jederzeit über Deine von uns gespeicherten Daten Auskunft bekommen, Löschung oder Berichtigung verlangen. Mit dem Einsenden des Coupons erklärst Du Dich damit einverstanden

JungdemokratInnen / Junge Linke

parteiunabhängig
JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteiunabhängig.

außerparlamentarisch
JungdemokratInnen / Junge Linke sehen - im Gegensatz zur herrschenden Ideologie - keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluß begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

für radikale Demokratie
JungdemokratInnen / Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

für Emanzipation
JungdemokratInnen / Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.

Impressum:
tendenz - Magazin des Bundesverbandes und der Landesverbände der JungdemokratInnen / Junge Linke

JungdemokratInnen / Junge Linke (Bundesverband), Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin; Tel.: 030–440 248–64, Fax: -66; bgs@jdjl.org, www.jdjl.org

Redaktion: Alex Wagner(V.i.S.d.P.), Geraldine Hohn, Stefanie Mielast, Nils Matzner, Daniel Wesser, Jörg Schindler, Daniel Leisegang
Gestaltung: Astrid Papendick
Anzeigenredaktion: Sören Bronsert
Belichtung / Druck: Union-Druck Berlin

tendenz versteht sich als offenes Publikationsorgan der JungdemokratInnen / Junge Linke. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt so lange Eigentum der JD / JL, bis sie der Adressatin oder dem Adressaten vollständig ausgehändigt ist. tendenz kostet im Abo 4,- € pro Jahr. Im Mitgliedsbeitrag von JD / JL ist dieser Betrag bereits enthalten.

radZ!
radikaldemokratische SchülerInnenZeitung

Sondernummer
Frühjahr 04

Zeitung der JungdemokratInnen / Junge Linke
A7408F-JD/JL Greifswalder Strasse 4 10405 Berlin

JungdemokratInnen / Junge Linke

Europäische Hochschulpolitik

Bildung á la bolognese

Der „Bologna-Prozess“ ist Anlass für die größten Umstrukturierung im deutschen Bildungswesen seit den 70er Jahren. Trotzdem ist er hier nur Wenigen ein Begriff. Es handelt sich um einen 1998 mit der „Sorbonne Deklaration“ eingeleiteten Prozess zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums.

Um dies zu erreichen, sollten die nationalen universitären Strukturen einander angeglichen, verstärkt Abschlüsse gegenseitig anerkannt und die nationalen Studiensysteme in zwei Studienzyklen gegliedert werden. 1998 ging die Initiative von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien aus. Heute sind über 40 europäische Staaten beteiligt. Die Zielsetzung änderte sich von der oben genannten Harmonisierung, hinzu einer Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und der globalen Attraktivität des europäischen Hochschulraums. Dieser soll nicht nur der Förderung der Mobilität, sondern auch der arbeitsmarktbezogenen Qualifikation der HochschulabsolventInnen dienen sowie die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit Europas als Ganzes steigern. Obwohl einige der Ideen, wie Mobilität und die Anerkennung von Abschlüssen, die mit Hilfe des Bologna Prozesses verwirklicht werden sollen, begrüßenswert sind, ist der Prozess zu kritisieren und muss vorerst als Ganzes abgelehnt werden. Die Erklärungen der Bildungsminister sind politische Willensbekundungen ohne die Einbindung der Parlamente. Sie beinhalten wenig Konkretes außer der Zahl 2010, dem Datum der geplanten Vollendung des Europäischen Hochschulraums. Dennoch werden sie auf nationaler Ebene wie Richtlinien oder Gesetze behandelt, die nach Umsetzung verlangen. In Deutschland bestimmt die Umsetzung vor allem die Kultusministerkonferenz (KMK) und Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Denen ist es gelungen, sich die Interpretationshoheit über die vagen Texte anzueignen. Um die Zielsetzung des Bologna-Prozesses zu erreichen, gab es eine Vielzahl von Möglichkeiten, die nicht zwangsläufig auf eine Einführung von Bachelor und Master hätte hinauslaufen müssen.
Die KMK nutzt den Bologna-Prozess, um alte konservative Ideen umzusetzen. Mit der Einführung von Bachelor / Master wird es möglich, ein kurzes berufsqualifizierendes Studium für die Masse und ein wissenschaftliches weiterführendes für eine Elite einzuführen. Ersteres führt die Mehrzahl der Studierenden zum Berufseintritt, während der Zugang zum Master von weiteren „besonderen Zugangsvoraussetzungen“ abhängig gemacht wird. Diese ‚besonderen Zugangsvoraussetzungen‘ - hervorragende Abschlusszeugnisse, Berufserfahrung - wird daran geknüpft, dass zwei Studiengänge inhaltlich und zeitlich aufeinander aufbauen

(Konsekutivität). Ein nicht konsekutiver Master-Studiengang wird vermutlich als Zweitstudium gewertet. So ergibt sich zum einen die Option, für diesen Studiengebühren zu erheben. Zum anderen ist zu erwarten, dass nur ein kleiner Teil der Bafög-EmpfängerInnen während ihres Master-Studiums gefördert wird.
Die Universitäten hätten die Möglichkeit gehabt, die Einführung von Bachelor / Master hinauszuzögern oder sogar zu verhindern. Dass sich in ihren Führungsetagen schnell Befürworter gefunden haben, liegt an ihren eigenen finanziellen Interessen. In den stringent organisierten Bachelor-Studiengängen ist ein Langzeitstudium beinahe unmöglich. Dadurch sollen große Sparpotentiale geschaffen werden. So hat die Einführung von Bachelor / Master aber eine deutliche Verengung und Verschulung des Studiums zur Folge.
Der Bologna Prozess ist heute ein konservatives bis neoliberales Projekt und viele Handlungsoptionen für Studierende sind angesichts der fortgeschrittenen Umsetzung verbaut. Die Möglichkeit, sich zu Beginn einzuklinken und auf den Prozess und seine deutsche Umsetzung einzuwirken, wurde verpasst. Die Interpretationshoheit liegt bei Gruppen, die nicht im Interesse von Studierenden handeln, und wird dort vorerst bleiben. Die übrigen Handlungsoptionen liegen in den Hochschulinstituten. Dort muss man sich jetzt in den Gremien engagieren, um studentische Forderungen zu vertreten und umzusetzen. Da Studierende in diesen Gremien in der Minderheit sind, muss man die dort vorgestellten Konzepte und studentischen Gegenentwürfe einem größeren Publikum bekannt machen. Nur dann lässt sich studentischer Protest organisieren, der Änderungen erzwingen kann. Daneben muss man auf Landes- und Bundesebene dafür sorgen, dass der Fortbestand von Magister und Diplom festgeschrieben wird und die Zugangsbeschränkungen zum Master aufgehoben werden.

Ellen Ehmke

Anzeige

Benimmunterricht

„Küss die Hand, Frau Lehrerin“

Bremen an der Weser. Es ist Sonntagmorgen. Willi Lemke, seines Zeichens pensionierter Fußballmanager und aktueller Bildungssenator der Hansestadt hat ausgeschlafen. Allerdings hat er die Nacht nicht gut verbracht - er hatte Albträume. Träume von Schülerinnen und Schülern, die sich nicht benehmen können, unhöflich gegenüber ihren Lehrern sind und obendrein auch noch nicht seinen Kleidungsvorstellungen entsprechen. Das, so denkt sich Willi (und inzwischen auch viele andere seiner KollegInnen in den Kultusministerien dieser Republik) muss ein Ende haben. Es muss wieder Zucht und Ordnung Einzug halten in den deutschen Klassenzimmern. Was Preußen nach vorn gebracht hat, kann doch schließlich jetzt nicht falsch sein, oder? Natürlich nicht, deshalb brauchen wir schleunigst Benimmunterricht und Kleiderordnungen an Schulen, damit die Kleinen schon von früh auf lernen sich zu benehmen.

Nun ja, unser Willi hat schon Recht, wenn er da und dort einen Schüler oder eine Schülerin sieht, der oder die gewisse gesellschaftliche Umgangsformen vermissen lässt. Sicherlich gibt es auch überall eine Steffi, die mit einer zerschlissenen Jeans, frecher Schnauze und Dreadlocks über den Schulhof schlendert. Oder den sportlichen Max, der mal wieder die Schule mit dem Laufsteg verwechselt hat und nun mittels seiner körperbetonten Gucci-Kleidung der jungen Referendarin unfreiwillig den Kopf verdreht.

Der Willi ist aber schlau und hat schon zu alten Juso-Zeiten davon gehört, dass Schule doch irgendwie in der Lage sei, Gesellschaft zu verändern. Genau, Benimmunterricht! Problem erkannt, Problem gebannt. Stecken wir also Max, Steffi sowie die pöbelnden und herumspuckenden Rowdies aus der Rauchereckе gleich in den neuen Benimmunterricht bei Frau Krababbel. Denn die Frau Krababbel weiß sich ja so gut zu benehmen und zu kleiden - ein Beispiel an Tugend!

Willis Idee zeigt, wie wenig er von Emanzipation und Selbstbestimmung versteht. Scheinbar spricht er der frechen Steffi, Max und den Rowdies aus der Rauchereckе ihr Recht auf Selbstbestimmung ab. Das Benehmen der flegelhaften Jugend ist Willi und anderen ein Dorn im Auge. Der Benimmunterricht, in dem die SchülerInnen die fremden Moralbegriffe der Frau Krababbel indoktriniert bekommen sollen, dient der Gleichschaltung und soll die Moral- und Benimmbegriffe weniger auf eine Vielzahl junger Menschen herunterbrechen. Genau das macht den autoritären Charakter dieses Benimmunterrichts aus. An dieser Stelle wird von unserem Willi auf die Trennung zwischen öffentlichen Regeln (Gesetzen) und der Reifung von privaten Wertvorstellungen (Moral) geschissen. Ist doch besser, wenn die SchülerInnen letztere aus dem Knigge lernen. Das ist bestimmt extrem fortschrittlich und führt zu einer Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.

Vielleicht sollte man sich als gelangweilter und unruhig schlafender Politiker doch lieber fragen, was denn passieren muss, damit die Gesellschaft insgesamt jungen Menschen selbst so begegnet, wie sie das auch von den jungen Menschen erwartet?

Aber nein! Ab ins Korsett, die Pickelhaube aufgesetzt und ran an den Knigge. Genau, Herr Lemke: Alles, was sie als richtig definieren. Im Gleichschritt, Marsch! Ach so, und nicht vergessen die Hand der Lehrerin zu küssen!

Sebastian Schlüsselburg

Debatte: Kopftuchverbot

Vor dem Hintergrund der aktuellen öffentlichen Debatte um ein Kopftuchverbot im Anschluss an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Fall Ludin erscheinen in dieser Ausgabe der *tendenz* zwei Debattenbeiträge zum Thema. Diese Beiträge stellen keine Verbandspositionen von JD/JL dar. Eine Beschlussfassung zum Thema erfolgt aller Voraussicht nach auf der Bundesdelegierte nkonferenz der JD/JL Ende März 2004, und ist ab Mitte April über die Homepage www.jdjl.org einsehbar.

Drei Kreuze für ein Kopftuch?

Ein Kopftuchverbot kann sich nicht auf das Neutralitätsgebot stützen

Am 24. September 2003 urteilte das Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsbeschwerde von Fereshta Ludin, der die Oberschulbehörde Stuttgart den Eintritt in den Schuldienst wegen ihres Kopftuches verweigert hatte. Für einen solchen Eingriff in die Glaubensfreiheit existiere keine gesetzliche Grundlage, die Frage des Verbots von Kopftüchern obliege den Bundesländern, urteilte das Bundesverfassungsgericht. Nun planen mehrere Länder Gesetze für ein Kopftuchverbot.

Die Debatte um das Kopftuch von Lehrerinnen dreht sich um das Neutralitätsgebot des Staates, die Grundrechte von SchülerInnen und LehrerInnen und die Emanzipation muslimischer Frauen. Es ist jedoch überraschend, dass auf einmal katholische Erzbischöfe mit der Unterdrückung der Frau, VerfechterInnen von Kruzifixen in Schulen mit dem Neutralitätsgebot argumentieren. Vielen BefürworterInnen eines Kopftuchverbots gelingt es nicht so recht, die rassistische Motivation ihrer Position zu verbergen. Den rassistischen oder zumindest chauvinistischen Kern der Debatte zeigen die konkreten Ausformulierungen der Gesetzesentwürfe, in denen das Verbot religiöser Symbole das christliche Kreuz ausdrücklich ausnimmt. Eine Positionierung ohne rassistische Konnotation kann nur die gleichberechtigte Behandlung aller religiösen Symbole beinhalten. Zwischen dem allgemeinen Verbot oder der allgemeinen Zulassung muss abgewogen werden.

Das Neutralitätsgebot schreibt dem Staat die Gleichbehandlung verschiedener Bekenntnisse vor und untersagt ihm, sich mit bestimmten Religionsgemeinschaften zu identifizieren. Die Trennung von Kirche und Staat ist in Deutschland keine strikt vollzogene., was durchaus kritikwürdig ist. Aber auch bei der Forderung nach einer strikten staatlichen Neutralität muss zwischen dem von der Schulbehörde im Schulgebäude aufgehängten religiösen Symbol und dem Symbol, das eine Lehrperson aus individueller Entscheidung heraus trägt, unterschieden werden. Denn das religiöse Symbol der einzelnen Lehrperson fällt unter die Religionsfreiheit gemäß Art. 4 GG. Wenn eine Lehrerin ihre Zugehörigkeit zu einer Religion ausdrückt, bedeutet dies nicht zwangsläufig, dass sich der Staat diese Zugehörigkeit anrechnen lassen muss. Einzelne LehrerInnen können ihre Religionszugehörigkeit differenziert erläutern, ohne den Eindruck zu vermitteln, ihre Religion sei die einzig Richtige. Die Vielfalt von Religionsangehörigkeiten und Weltanschauungen im LehrerInnenkollegium bedeutet kein einseitiges Bekenntnis des Staates.

Die offenkundige Religionszugehörigkeit von LehrerInnen ist im Grunde nur in einer Schule, die darauf beruht, Autoritäten kritiklos anzuerkennen, ein Problem. In einer demokratischeren Schule als der jetzigen hätte der gefürchtete religiöse Vorbildcharakter von LehrerInnen eine weitaus geringere Bedeutung, da Aussagen von LehrerInnen als subjektive, hinterfragbare Stellungnahmen vermittelt würden. Auch der negativen Religionsfreiheit der SchülerInnen würde so gerecht, da die derzeitige völlige Auslieferung an die Lehrperson nicht gegeben wäre.

Das Verbot aller Religionssymbole ist ohnehin faktisch unmöglich, da die Unterscheidung zwischen religiösen und beispielsweise modischen Symbolen nicht immer eindeutig ist. Um die subtile Erweiterung des Repertoires an religiösen Symbolen zu verhindern, müsste eine Art Uniformisierung des Lehrpersonals stattfinden. Weiterhin hätte die Einschränkung der Religionsfreiheit der Lehrenden eine starke Ungleichheit zur Folge, da Symbolik in jeder Religion eine andere Bedeutung hat. Bei einer kopftuchtragenden Muslimin ist damit zu rechnen, dass sie durch das Verbot völlig auf den Beruf als Lehrerin verzichtet, während dies bei kreuztragenden ChristInnen nicht zu erwarten ist.

Als weiteres Argument für ein Verbot wird angeführt, das muslimische Kopftuch stehe für die Unterdrückung der Frau. Insbesondere muslimische Schülerinnen würden vom Vorbild kopftuchtragender Lehrerinnen negativ beeinflusst. Hier wird sich hier ein - in seiner Verallgemeinerung - schlicht falsches Urteil über die Motive kopftuchtragender Frauen angemaßt. Denn selbst wenn das Kopftuch im Einzelfall tatsächlich für die Unterordnung der betroffenen Frau steht, fördert eine gesetzliche Regelung von Kopfbedeckungen die Selbstbestimmung nicht. Im Gegenteil: Ein Verbot wirkt der Emanzipation kopftuchtragender Frauen entgegen, da es sie faktisch von der Ausübung ihres Berufes ausschließt.

Zu hoffen ist, dass das Bundesverfassungsgericht die Gesetze der Länder, die christliche Symbole privilegieren, für verfassungswidrig befindet. Eine gleichberechtigte Handhabung kann nur bedeuten, alle individuellen religiösen Symbole von LehrerInnen gleichermaßen zuzulassen!

Vivien Flügge

Für eine Säkularisierung der Schule

Warum das staatliche Neutralitätsgebot so wichtig ist

Durch die rassistischen Untertöne der Kopftuch-Debatte alarmiert befürworten viele Linke, dass Lehrer/innen im Unterricht religiöse Symbole, somit auch ein Kopftuch tragen dürfen. Dies sei Ausdruck der Integration von muslimischen Lehrerinnen. Es geht aber nicht nur darumn, islamfeindliche Haltungen abzuwehren oder sich für die Grundrechte von Lehrer/innen einzusetzen. Es ist vielmehr notwendig, den Konflikt unter dem Aspekt des staatlichen Neutralitätsgebots genauer zu beleuchten und einer weiteren Durchbrechung der Trennung von Religion und Staat entgegenzutreten.

Ist die Kleidung einer Lehrperson überhaupt eine staatliche Veranstaltung?

Es herrscht Uneinigkeit darüber, ob die religiöse Kleidung von einzelnen Lehrer/innen überhaupt eine Verletzung des staatlichen Neutralitätsgebots darstellen kann. Da es ja unterschiedlich religiöse Lehrer/innen gebe, könne von einem einseitigen Bekenntnis des Staates keine Rede sein. Zudem sei in einer demokratischeren Schule als der jetzigen eine Indoktrination der Schüler/innen nicht zu befürchten.

Eine solche Argumentation übersieht den tieferen Sinn des staatlichen Neutralitätsgebots. Würde die gleiche Problematik bei Richter/innen oder Polizist/innen diskutiert, würde schneller deutlich, dass das staatliche Neutralitätsgebot nicht allein dazu dient, die religiöse Indoktrination von Schüler/innen zu verhindern. Staatliche Handlungen sollen vielmehr so erfolgen, dass aus ihnen keine Identifikation des Staates mit einer bestimmten Religion oder Weltanschauung abzulesen ist. Dahinter steht die Vorstellung eines säkularen Staates, in dem Religion reine Privatsache ist. Dass das Grundgesetz einige ausdrückliche Durchbrechungen enthält (zB Religionsunterricht), ist ein Problem, ändert aber an dem säkularen Grundgedanken des Neutralitätsgebotes nichts. Gegen dieses Gebot verstößt bereits die einzelne Lehrperson, die während des Unterrichts, d.h. bei der Umsetzung des staatlichen Erziehungsauftrages, ihre religiöse Gebundenheit deutlich werden lässt. Übrigens würde daran die Abschaffung des Beamtentums nichts ändern. Denn solange wir ein staatliches Schulsystem befürworten, wird es sich bei Lehrer/innen um staatliche Angestellte handeln, die zur Aufrechterhaltung eines säkularen Schulbetriebs Einschränkungen ihrer Religionsfreiheit hinnehmen müssen.

Abgrenzung zu reaktionären Ausprägungen des Neutralitätsgebots

Damit ist ein Bereich angesprochen, der für viele Linke mit unangenehmen Assoziationen verbunden ist. Wird den Beamt/innen mit Verweis auf die staatliche Neutralitätspflicht doch häufig ein politischer Maulkorb auferlegt. So nutzt Niedersachsen die derzeitige Debatte, um neben einem Kopftuch-Verbot auch gleich solche politischen Äußerungen zu untersagen, die „geeignet sind, den Schulfrieden zu gefährden“. In diesem Fall gilt es aber, „politische“ und „religiöse/weltanschauliche“ Neutralität auseinander zu halten. Erstere ist als Ausdruck der „althergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“ in den Beamtengesetzen speziell geregelt. Die Forderung nach „politisch neutralen“ Lehrer/innen ist reaktionär, da sie auf eine über die Einhaltung der Lehrpläne hinausgehende Loyalitätspflicht abzielt. Demgegenüber hat das religiös/weltanschauliche Neutralitätsgebot einen progressiven Inhalt: es sichert die Säkularität staatlichen Handelns.

Die Abgrenzung mag im Einzelfall schwierig sein. Als Richtschnur lassen sich religiöse Inhalte daran erkennen, dass sie sich der demokratischen Entscheidungsfindung entziehen. Vereinfacht gesagt lässt sich die Existenz Gottes nicht durch Mehrheitsbeschluss festlegen, die Aussage „Atomkraft, nein danke!“ dagegen schon.

Wo soll's denn hingehen?

Wie soll sich also die Linke in einer Debatte positionieren, in der es laut Bundesverfassungsgericht um die „Neubestimmung des zulässigen Ausmaßes religiöser Bezüge in der Schule“ und damit in der Gesellschaft geht? Ausschlaggebend kann nicht sein, mit welchen Motiven das Kopftuchverbot weitläufig begründet wird. Denn die Abwehr rassistischer Ressentiments darf nicht dazu führen, dass wir die Forderung nach einer Säkularisierung der Schule aufgeben. Dies kann auch nicht dadurch aufgewogen werden, dass eine Zulassung von religiösen Symbolen an den Schulen zu einer Stärkung von Pluralismus und religiöser Toleranz führen würde. Alles Aspekte, die - zugegeben - angesichts der derzeitigen Debattenlage nicht oft genug betont werden können. Langfristig gilt es aber, auf eine konsequentere Trennung von Staat und Religion hinzuarbeiten, als sie derzeit verwirklicht ist. Dass die derzeitige Praxis eine offensichtliche Bevorzugung christlicher Bekenntnisse bedeutet, ist ja innerhalb der Linken unstrittig. Nicht aber in der öffentlichen Meinung. Durch eine Forderung nach konsequenter Umsetzung der staatlichen religiösen Neutralität wird die christliche Privilegierung stärker angegriffen als durch eine Zulassung von anderen Glaubenszeichen. Damit wird deutlich gemacht, dass der Einfluss der Kirchen vor den Schultoren endet.

Maren Bedau

Studienkonten sind Studiengebühren

Get your credit - pay your fee

Seit Jahren ist die Diskussion über Studienkonten - als eine Facette von Studiengebührenmodellen - wichtiger Bestandteil der Politik zur Privatisierung öffentlicher Güter. Studienkontenmodelle beinhalten gewöhnliche Gebühren, die nach einem öffentlich zur Verfügung gestelltem Umfang zu zahlen sind. Während in einigen Bundesländern die Studiendauer als Limit für ein kostenfreies Studium gesetzt wird, soll dies in Berlin über sogenannte „Credits“ für besuchte Lehrveranstaltungen geschehen. Sind Studienzeit oder Semesterwochenstunden ausgeschöpft müssen schon im Erststudium Gebühren bezahlt werden.

Findigen Wissenschaftspolitiker schien jedoch der Begriff der Studienkonten geeigneter, um Studierenden den Erwerb von Bildung - samt unsozialer Nebenwirkungen - schon im Erststudium schmackhaft zu machen. Er soll das Geschwätz transportieren, die Qualitätssteigerung der Lehre und eine verstärkte Mitbestimmung der Studierenden seien durch künstliche Marktmechanismen an Hochschulen zu erreichen. Diese Heilserwartungen sind vollkommen illusorisch. Sie gründen auf die verstärkte Steuerung der Mittelvergabe an die Hochschulen über nachgefragte Studienleistungen und die Verwandlung der Studierenden von Mitgliedern in Kunden der Hochschulen.
Der Wettbewerb der Universitäten besteht nach diesem System darin, möglichst viele Studierende schnell und mit wenig Aufwand durch ihre Studiengänge zu schleusen und über die Studienkonten der Studierenden möglichst viel finanzielle Mittel ab zu rechnen. Lehrveranstaltungen abseits des Mainstream, kleinere exotische Studiengänge und übergeordnete Leistungen wie Bibliotheken und Sprachzentren haben in dieser Wettbewerbslogik äußerst dürftige Chancen auf ausreichende Finanzierung.

Studierende als Kunden können dabei nur zwischen verschiedenen Hochschulen und Lehrangeboten wählen, was schon durch die enorme Verschärfung des NCs in den letzten Jahren konterkariert wird. Vor allem aber haben sie auf das Zustandekommen der Lehre nicht den geringsten Einfluss.
Als zahlende Kunden sollen Studierende mit Geld abstimmen - sie verlören ihren Anspruch auf selbstverwaltete Strukturen und Stimmrecht in Hochschulgremien.
Stattdessen schränkt der eng bemessene Umfang an öffentlich zur Verfügung gestellten Studiensemestern bzw. Lehrveranstaltungen individuelles Studierverhalten ein und verhindert interdisziplinäre, kritische und selbstbestimmte Wissenschaft. Lehrveranstaltungen außerhalb der eigenen Studienordnung, werden zu einem Luxus, den sich nur wenige leisten können. Studienkonten bringen eine betriebswirtschaftliche Umgestaltung der Hochschulen mit sich, die den individuellen und gesellschaftlichen Nutzen von Bildung hinten anstellt.
In den Streiks des vergangenen Semesters hat sich an den Hochschulen massiver Widerstand gegen die Einführung von Studienkonten formiert. Neben Forderungen nach Demokratisierung und ausreichender Finanzierung der Hochschulen muss ein gebührenfreies Studium wichtigstes Ziel linker Hochschulpolitik bleiben.

Fanny Zeise

Anzeige

Schulschließungen im Osten

Die Schule im Dorf lassen

„Stirbt der Osten wirklich aus?“ Diese Frage weht immer öfter durch Zeitungen und Parlamente - leider nicht zu unrecht.
Seit 1990 lassen ein extremer Geburtenrückgang und die zunehmende Abwanderung die Bevölkerung in den fünf ostdeutschen Ländern von Jahr zu Jahr schrumpfen. Im Schnitt sind die Geburtenraten um die Hälfte gesunken. Dazu kommt, dass das bis Klassenstufe zehn integrierte Schulsystem der DDR aufgegeben und stattdessen das stark gegliederte System der BRD übernommen wurde.
Aber nicht nur die Mehrgliedrigkeit wurde eingeführt: Im Rahmen von Umgestaltungs- und Sparmaßnahmen wurden die Klassen vergrößert. Die Lehrkräfte haben, wie so viele, aus Angst ihren Arbeitsplatz zu verlieren, Teilzeitmodellen zugestimmt, verdienen zum Teil die Hälfte des Lohns ihrer Kollegen im Westen oder wurden ganz entlassen.
So werden viel weniger Kinder in mehr Schultypen unterrichtet. Die Folge ist natürlich, dass sich die Schulen leeren.

Die Kommunen im Osten sind verschuldet und wichtigstes Ziel ist „Unternehmensansi edlung“. Also fließen finanzielle Mittel nicht in notwenige Schulentwicklung, sondern in die Errichtung von Gewerbegebieten oder.ähnliches: Die Landesgesetze schreiben zudem vor, dass eine Schule mehrere Klassen eines Jahrgangs beherbergen muss (in der Regel 2 für Mittel-, Real- und Hauptschulen, 3 für Gymnasien). Und jede Klasse muss die gesetzliche Mindestzahl an Schülern erfüllen. Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, werden Lehrer entlassen und die Schulen geschlossen. Im Schnitt ist seit der Wende ein Drittel der Schulstandorte verschwunden.

Die Folgen von Schulschließungen sind dramatisch: Die Einzugsgebiete der übrigen Schulen werden vergrößert, die Schulwege verlängern sich. In manchen Gebieten müssen schon Grundschüler bis zu 140km am Tag mit dem Schulbus fahren. Und nicht nur dass manche Schüler mit Hin- und

Rückfahrt einen längeren Arbeitstag haben als einige Erwerbstätige, im Rahmen von unsozialen Sparprogrammen werden auch die Elternbeteiligungen für die Schülerbeförderung immer wieder erhöht.

Nun sind Geburtenrückgang und Abwanderung im Osten Tatsachen, aber auch die selektiven Schulsysteme sind Teil der Umstände, die Schulschließungen angeblich nötig machen. Aus der Not heraus bekommen nun längst bekannte, progressive Bildungskonzepte neue Nahrung: Verkleinerung der Klassen, Unterricht in altersgemischten Gruppen, in denen erfolgreicher Unterricht nur dann möglich ist, wenn Lerntempo und -fortschritte jedes Einzelnen besonders berücksichtigt werden, Projektunterricht, Tages- und Wochenplanarbeit. Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern machen das nun zumindest an einigen Grundschulen vor. Sonst werden diese Maßnahmen aber weiter verhindert, obwohl kleine, integrierte Klassen und jahrgangsübergreifender Unterricht nicht nur wohnortnahe Schulen erhalten, sondern auch Lernklima und -erfolge verbessern würde - auch in Schulen in bevölkerungsreichen Gebieten.

Anne Kempe

Anzeige

Linke SchülerInnen in Aktion

Burn, Zeugnis, burn!

Am 30. Januar 2004 wurde an Berliner Schulen in der 3. Stunde an jedeN SchülerIn ein Papier ausgehändigt, das mit Zahlen von 1 bis 6 übersäht war, die die SchülerInnen für ihre erbrachten Leistungen eines Halbjahres bewerten sollen.

Diesem nach Aufklärung schreienden Akt nahm sich die LiSA (LinkeSchülerInnenAktion) wie jedes Halbjahr zum Anlass um eine Zeugnisverbrennung auf dem Alexanderplatz in Berlin zu organisieren.
JedeR kennt die Realität in der Schule: Schule bedeutet nicht einfach nur Wissensvermittlung. Schule bedeutet eben auch Auslese, Diziplinierung, Konkurrenz und Willkür. In diesem Zusammenhang Noten erfüllen einen wichtigen Zweck: Sie sortieren SchülerInnen in eine von 6 bzw. 15 Schubladen ein. Um in die Höchste der Schubladen zu gelangen muss sich der/die SchülerIn viel (und z. T. auch seiner/ihrer Einschätzung nach unnötiges) Wissen in kurzer Zeit aneignen und unterer Druck wiedergeben, dem/der LehrerIn unterordnen, ihm/ihr also möglichst auf sympathische Art und Weise das sagen, was er/sie hören will und dabei besser sein als alle anderen - es kann schließlich nicht jedeR eine „1“ haben.

Dass Wissensvermittlung in der Schule nicht das Wichtigste ist, zeigt die Tatsache, dass nach einem Test, bei dem man schlecht abgeschnitten hat, einem/-r nicht etwa der Stoff neu erklärt wird, sondern man den „Patzer“ beim nächsten Mal ausbügeln kann. Dabei ist häufig die Ursache, dass man es wirklich nicht verstanden hat und nicht der/die LehrerIn grade Lust hatte Mal zu zeigen wer der/die ChefIn ist. Das verdeutlicht, dass nicht das Lernen im Vordergrund steht, sondern die Leistung.

Denn wegen Noten wird gelernt und nicht aus Interesse oder Einsicht. Noten fördern nicht das Verständnis für den Lerngegenstand sondern das Lernen für das Kurzzeitgedächtnis, weil immer nur für den nächsten Test oder die nächste Arbeit gelernt wird. Noten sind zudem ein Instrument der Autoritätssicherung des Lehrers/der Lehrerin, das er/sie willkürlich gegen jeden und jede einsetzten kann. Vor allem kritische SchülerInnen bekommen das zu spüren. Konsequent im Sinne eines emanzipatorischen Bildungsbegriffs ist demzufolge: Noten abschaffen!

Die LiSA ist die SchülerInnengruppe der JungdemokratINNen/ Junge Linke (Berlin)

Fotos und Infos zu der Zeugnisverbrennung gibt es im Übrigen unter
http://www.jungdemokraten.de/lisa und
http://www.zensuren.org/verbrennung

Marko Kwapinski

Anzeige

»DAS ANDERE REISEBÜRO«
INLÄNDER RAUS!
EUER TEAM VOM REISE LADEN
DURCHBLICK
Hufelandstrasse 25 - 10407 Berlin
Tel. (030) 424 81 26 · Fax (030) 424 87 81
hufe@reiseladendurchblick.de
www.reiseladendurchblick.de

Diskriminierung in Schulbüchern

„Nicht für die Schule, sondern für’s Leben...“

Viele verschiedene Faktoren sind dafür verantwortlich, wie später einmal das Weltbild eines Menschen aussehen wird. Einen nicht ganz unerheblichen Teil machen hierbei die Schule und die in ihr vermittelten Normen aus, und das wichtigste Medium zur Vermittlung dieser Normen ist (neben dem Lehrkörper) nun mal das Schulbuch.

Schulbücher liefern Daten, Fakten und Wissen. Aber nicht nur das, sie transportieren auch Werte und Normen sowie Vorstellungen von Recht und Unrecht. Schulbücher wurden schon immer gerne benutzt, um eine bestimmte Weltsicht bei SchülerInnnen zu erzeugen. Aus den historischen Beispielen kann gefolgert werden, wie wichtig es ist, Diskriminierung in Schulbüchern zu vermeiden.
Zu dem Zweck wurden diverse Organisationen und Institute gegründet, die Lehrmaterial auf diskriminierende Inhalte hin untersuchen. Jetzt könnte also alles in schönster Ordnung sein, der aufgeklärte Mensch lehnt sich zurück und sonnt sich in der Gewissheit, dass alles gut und in der Welt der Schulbücher alles „rechtens“ ist, schließlich unterliegen sie ja einer strengen Kontrolle.
Doch erhebt mensch sich aus der Behäbigkeit und wirft einen Blick in die Schulliteratur. „Die Sinndeutung in den Weltreligionen“ im Zusammenhang mit dem Islam das Wort „Fundamentalismus“ recht oft gebraucht wird und ganz allgemein mit dem Islam sehr viel kritischer umgegangen wird, als mit anderen Religionen.
In gängigen Lesebüchern sind männliche AutorInnen fast doppelt sooft vertreten wie weibliche, was wohl kaum daran liegt, dass Frauen so wenig Schriftliches zu Papier gebracht haben.
Stark beeinflusst werden SchülerInnen natürlich auch durch die Bildsprache, der in den Büchern verwendeten Fotos und Abbildungen. Da diese Darstellungen meist eher unbewusst aufgenommen werden, ohne differenziertes Nachdenken über die dargestellten Situationen und Personen, ist hier die Beeinflussung eventuell sogar noch stärker.
Es wird zwar erfreulicher Weise von „Verbraucher/-innen“ und nicht nur von männlichen Verbrauchern gesprochen, doch ist der Anteil der Bilder auf denen Männer handwerklicher Arbeit nachgehen, sehr viel höher, als der der Frauen. Jetzt könnte natürlich eingewendet werden, dass in der Realität diese Berufe tatsächlich vermehrt von Männern ausgeübt werden und die Bilder somit nur Realität darstellen, aber wird nicht so den SchülerInnen ein Weltbild suggeriert, in dem Frauen solche Arbeit nicht ausführen, es also nicht ihrer „Rolle“ entspricht?
Wie soll mensch sich weiterentwickeln, wenn Vorurteile durch Text und Bild unterstützt werden? Bis die Menschheit wirklich gleichberechtigt ist, muss sich auch in der Schulliteratur noch einiges tun.

Inge Wehrmann

Ich will mehr über Euch wissen!

- ☐ Ich will aktiv werden
- ☐ Ich will Mitglied werden. Schickt mir die nötigen Unterlagen
- ☐ Schickt mir Euer Seminarprogramm!
- ☐ Ich möchte über Aktionen informiert werden
- ☐ Ich möchte über „radikal reisen“ informiert werden
- ☐ Ich möchte lesen. Umseitig sind meine Wünsche angekreuzt
- ☐ Schickt mir Infos zum Thema:

Name, Vorname:
Straße:
Wohnort
Telefon:
Alter:
E-Mail:
Tätigkeit:

Und weg mit dem Coupon an: JungdemokratInnen/Junge Linke, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin; Fax: (030) 44 02 48 66; E-mail: infos@jdjl.org

Datenschutz: Deine Angaben werden von uns gespeichert und nur intern an Landes- oder Kreisverbände weitergegeben. Eine Weitergabe an Dritte ist ausgeschlossen. Du kannst jederzeit über Deine von uns gespeicherten Daten Auskunft bekommen, Löschung oder Berichtigung verlangen. Mit dem Einsenden des Coupons erklärst Du Dich damit einverstanden

JungdemokratInnen / Junge Linke

parteiunabhängig
JungdemokratInnen gibt es seit 1919 mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren JungdemokratInnen Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch seit 1968 mit dem Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen in die Theorie des Verbandes zunehmend distanzierte. Die Trennung nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition, als die FDP Kohl zum Kanzler mitwählte, stellte nur noch das Ende eines lang andauernden Prozesses dar. Seitdem sind Jungdemokraten parteiunabhängig.

außerparlamentarisch
JungdemokratInnen / Junge Linke sehen - im Gegensatz zur herrschenden Ideologie - keine Möglichkeit, allein über Parlamente und Parteien tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Parlamente sind unserer Ansicht nach zwar demokratische Errungenschaften, doch ist ihr Einfluß begrenzt. Für uns sind Parteien von großer Bedeutung für kleine Reformen. Vertrauen verdienen sie nicht.

für radikale Demokratie
JungdemokratInnen / Junge Linke sehen in der Demokratisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. in der Überwindung autoritärer und hierarchischer Strukturen, die Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung aller Lebensverhältnisse eines jeden Einzelnen. Weil entscheidende Bereiche demokratischer Kontrolle entzogen (wie z.B. in der Wirtschaft) oder autoritär organisiert sind (wie z.B. in der Schule), kritisieren wir den undemokratischen Charakter dieser Gesellschaft und treten für ihre Veränderung ein.

für Emanzipation
JungdemokratInnen / Junge Linke setzen sich für die Emanzipation des Einzelnen und für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Selbstbestimmung umfassend ermöglichen. Befreiung des Einzelnen von Herrschaft und Unterdrückung und die Schaffung einer emanzipatorischen Gesellschaft sind für uns untrennbar miteinander verbunden.

Impressum:
tendenz - Magazin des Bundesverbandes und der Landesverbände der JungdemokratInnen / Junge Linke

JungdemokratInnen / Junge Linke (Bundesverband), Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin; Tel.: 030–440 248–64, Fax: -66; bgs@jdjl.org, www.jdjl.org

Redaktion: Alex Wagner(V.i.S.d.P.), Geraldine Hohn, Stefanie Mielast, Nils Matzner, Daniel Wesser, Jörg Schindler, Daniel Leisegang
Gestaltung: Astrid Papendick
Anzeigenredaktion: Sören Bronsert
Belichtung / Druck: Union-Druck Berlin

tendenz versteht sich als offenes Publikationsorgan der JungdemokratInnen / Junge Linke. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.
Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung bleibt so lange Eigentum der JD / JL, bis sie der Adressatin oder dem Adressaten vollständig ausgehändigt ist. tendenz kostet im Abo 4,- € pro Jahr. Im Mitgliedsbeitrag von JD/JL ist dieser Betrag bereits enthalten.